

Er scheint täglich außer Montags.
Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich
3,00 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Verwaltung als Zeitung
für 1895 unter Nr. 7128.

Der Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 24. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Neuth-Strasse 3.

Finis Poloniae!

Heute vor hundert Jahren — am 24. Oktober 1795 — fand die letzte Teilung Polens statt, nachdem einige Tage zuvor der Geschichtslegende zufolge Kosciuszko, der polnische Nationalheld, auf dem Schlachtfeld von Maciejowice das Verzweiflungswort der Hoffnungslosigkeit ausgesprochen haben soll: Finis Poloniae — das Ende Polens.

Das Wort und der Jahrestag erinnern uns an eins der größten Verbrechen, oder richtiger an eine Reihe der größten Verbrechen, die von dem monarchischen, angeblich für Religion, Ordnung und Sitte kämpfenden Europa begangen worden sind: an die Zerschlagung eines nationalen Staats. Eines Staats, der vom Standpunkt des Völkerrechts und des Nationalitätenrechts mindestens so viel Existenzberechtigung hatte als irgend einer der drei Staaten, die sich an dem Mord der polnischen Volkseinheit beteiligten: Rußland, Preußen und Oesterreich. Eines Staats, der auch vom Standpunkt der Kultur aus die drei Staaten, die sich ihm gegenüber zu Nichtem und Nachrichtern aufwarfen, in mancher Hinsicht übertraf; denn während man in diesen drei Staaten noch Fesseln verbrannte und jede freie Meinungsäußerung gewaltsam bestraft und unterdrückte, hatte Polen die absoluteste Press- und Religionsfreiheit, und war es, neben Holland, der einzige Staat auf dem Festlande Europas, wo der seines Glaubens und seiner Meinung willen Verfolgte Zuflucht fand.

Einem sehr guten und überflüssigen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ über die Teilungen Polens und Kosciuszko entnehmen wir folgendes:

Die erste Teilung Polens, das gegen eine solche Vergewaltigung völlig ohnmächtig war, erfolgte am 8. August 1772 zwischen Katharina von Rußland, Maria Theresia von Oesterreich — die von ihrem Sohne (Joseph II.) und dem Minister Kaunitz beistand war — und Friedrich II. von Preußen. Letztere erhielt Westpreußen (nebst Gmünd) außer Danzig und Thorn. Der hervorragende Wert der Erwerbung lag in der Ausfüllung der Lücke zwischen Ostpreußen und den Provinzen Brandenburg und Pommern. Es war ein Stück jener Lande, die einst vom Deutsch-Orden dem Christentum und seiner Kultur gewonnen waren; jetzt wurde es wieder deutsch und von Friedrich, der es sein „Kanada“ nannte, ungleichbar außerordentlich gehoben. Auch einen „Reichstitel“ wußte Friedrich vorzuschicken, indem er sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Ordens hinstellte, der im zweiten Thurner Frieden (1466) von Polen zur Abtretung Westpreußens gezwungen worden war.

Die Teilung der politischen Dinge in dem auf den Auslieferung gesetzten Polen nahm Katharina für sich in Beschlag. Die Stellung des russischen Gesandten am polnischen Hofe, er hieß Stadelberg, verglich Stürmer in seinen Memoiren mit der Bedeutung des Majordomus im merovingischen Frankreich.

Oesterreich wurde in dem zweiten Akte des Trauerstücks eingeschlossen, den Teilungsvertrag vom 23. Januar 1793 schlossen Rußland und Preußen allein. Unter dem Vorwande, man wolle in dem von Aufwieglern beunruhigten Lande Ordnung stiften, rückten preussische Truppen ein. Außer alldemselben Gebiet, den bedeutenden Handelsplätzen an der Weichsel, Danzig und Thorn, wurde jetzt auch rein polnisches Gebiet einverleibt: Südpreußen (Posen), aber in weiterer Ausdehnung nach Osten als jetzt, für die Sicherung der Grenzen allerdings sehr wertvoll.

Das geknechtete und verhöhrte polnische Volk raffte sich mit

aller Gewalt zum letzten verzweifeltsten Widerstand auf. Seine Augen wandten sich auf jene Nation, die in jenen Tagen Freiheit und Brüderlichkeit auf ihre Fahne geschrieben. Die polnischen Patrioten wandten sich nach Paris. Katharina war außer sich. In Polen, schrieb sie, sei das Banner der Rebellion „in seiner ganzen jacobinischen Echtheit“ aufgepflanzt. Sie durfte sich beruhigen: die polnische Abordnung wurde von Robespierre mit schönen Worten abgelehnt. Polen war auf seine eigene Kraft und Begeisterung angewiesen. Kosciuszko (geb. 1748 im Gouvernement Minsk, gest. 1817 zu Solothurn) ließ sich bewegen, die gefährliche Rolle eines Hauptes der Bewegung zu übernehmen. Er wurde zum unbefristeten Befehlshaber der gesamten Nationalmacht erhoben. Der König Stanislaus Poniatowski, der später (1795) ruhmlos abdante, kam daneben kaum in Betracht.

Ein glückliches Gefecht bei Maciejowice (am 4. April 1794), wo Kosciuszko die ungünstige Stellung der Russen geschickt ausnützte, machte die Pläne der Vergrößerung noch heller an. Am 17. April verjagte eine kühne Volksbewegung die russische Besatzung aus Warschau. Aber die österreichische Hilfe, auf die man bis dahin gehofft, blieb ebenso aus wie die französische. Preußen und Rußland erschienen auf dem Plane. Eine preussisch-russische Heeresabteilung brachte am 6. Juni den Polen unter dem Fühler selbst eine Schlappe bei, und am 18. ergab sich Krakau den Preußen. Inzwischen war König Friedrich Wilhelm II. selbst erschienen, und mit einem Aufzuge von Energie machte er sich an die Belagerung Warschaus, das unter Kosciuszko's Leitung mit vier verzweigten Lagern umgeben worden war. Eiferfüchtige Intrigen Rußlands hemmten aber die anfangs eifrig betriebenen Belagerungsarbeiten. Der hin und her schwankende König zog schließlich unter dem Spott der Senfemänner ab, und auch Katharina sagte jetzt zum Schaden des Pöbels. Sie schrieb damals in ihrem geschmackvollen Stil: „Versuchte miserable Kerl! Warum melst du dich das Zeug in Sachen, so sie nicht verstehen? Das sind Varen-reiter.“

Manneher heimlich ein russischer Feldherr den Vorber ein. Saworoff rückte jetzt mit tüchtigen Streitkräften unanhaltsam durch Pithanen vor. Der Tag von Maciejowice (10. Oktober) brach die aufkeimende Freiheitshoffnung des unglücklichen Volkes mit einem Mal. Kosciuszko kämpfte wie ein Löwe; drei Pferde wurden ihm unter dem Leibe erschossen. Da wußte ihn ein Langenisch in die linke Schulter vom Hofs. Lautlos, wie ein Augenzeuge bekräftigt, sank er herab. Ein heranreitender russischer Oberst, der den Felden erkannte, rettete ihn vor dem Todesstoß des Kosaken.

Das Volk schloß bald wieder die Herrschaft der Knete, und die Jarin ließ dem tapferen Gefangenen folgendes zaristische Urteil antworten: „Kostionowko amens! Ici a été reconnu pour un sot dans toute la valeur du terme.“ (A., der hierhin gebracht ist, hat sich entpuppt als ein Dummkopf in des Wortes vollster Bedeutung.)

Auch Oesterreich hatte, als es nicht mehr viel in Polen nieder zu kämpfen gab, seine Heereskräfte dort erschein lassen, um doch auch bei der nun zu erwartenden Schlussteilung ein Wort mitreden zu können. Es dauerte lange, ehe die Leute glückselig geteilt war. Auf Preußen entfiel ein breiter Landstreifen (900 Quadratmeilen) östlich von Ost- und Südpreußen, welcher Neuostpreußen genannt wurde und auch Warchau umfaßte; außerdem ein Bezirk an der Südgrenze Schlesiens: Neuschlesien. Diese ganze Erwerbung hatte keinen praktischen Wert, sondern schloß neue Gefahren in sich. Denn die nichtdeutschen Gebiete erhielten dadurch bedeutlichen Umfang; der zahlreiche widerspenstige Adel machte viel zu schaffen. Neuostpreußen ging 1807 (zu Tilsit) verloren und wurde auch 1815

Geröllstrom ergoß sich wie eine versteinerte Sintfluth aus den Klüften herab in die treibende Vegetation, starr und todt, als wäre ihm mitten im Vernichtungswirke Einhalt geboten worden.

Gleichgültig legte Walber seine Büchse bei Seite und setzte sich auf einen Baumstumpf. Weit über sein Ziel, den Wechsel des Hirsches, war er hinausgerathen. Schwere Gedanken hatten ihn immer höher hinaufgetrieben, und nun sah er da, den Kopf in die Hand gestützt, an der Grenze des stillen Hochwalds, der sich wie ein sanft verwobener Schleier vom lachenden Thal heranzog.

Über dem kleinen Dorfe blüht ein greller Schein in der Sonne. Walber sah genauer hin und erkannte das vergoldete Thürmchen der Kirche. Dort hat man heute sein Weib begraben! Fester richtete er den Blick nach dem Friedhof und düstere Bilder traten da vor seine Seele.

Das vieljährige Leiden der Armen, das den Körper zermühte und wie ein finsternes Gespenst unsichtbar schleichernd alles freie Atmen im Forsthaufe erdrückte — langsam verfolgte er's bis zur letzten Stunde, wo er die feuchte, mächtige Hand der Sterbenden umfaßte und in ihr gläsernes Auge sah. Nur dem Arzte hatte er Zutritt zu der Leidenden gewährt, vor geistlichem Troste, der die noch immer Poffende bei der bloßen Antändigung in namenlose Angst und Erregung versetzte, schloß er zum Entsetzen des Geistlichen und des gesamten Dorfes energisch den Kiebel und seine Bitten, keine Errohungen vermochten ihn von diesem unbeugsamen Entschlusse abzubringen.

Als er aber aus dem Zimmer trat, in dem er Abschied von der Todten genommen hatte, als er sein süßendes Kind wegfürte, da drängte sich alles gewaltsam Zurückgehaltene mit um so freierem Begehren

nicht, wie die übrigen polnischen Befestigungen, wieder einverleibt.

Bekanntlich weinte Maria Theresia, als sie 1772 den ersten Teilungsvertrag unterzeichnete. Sie weinte, und schrieb später, daß sie nur gezwungen von Kaunitz, ihrem Faktotum, sich zu diesem Verbrechen habe bestimmen lassen, aber — unterzeichnet hatte sie. Den Mord gebilligt.

Die österreichische Monarchie, die hundert Jahre vorher von den Polen vor der Eroberung durch die Türken gerettet worden war, hatte allerdings eine echt österreichische Un dankbarkeit bewiesen — der „Dank vom Hause Oesterreich!“ war schon vor Schiller sprichwörtlich.

Echt österreichische Un dankbarkeit und — Dummheit. Denn Polen war gewissermaßen der Aft, auf dem die österreichische Monarchie saß. Das haben die Herren in Wien später auch eingesehen, und sie hatten deshalb häufige Reue-Anfälle, in denen sie mit den Polen liebäugelten und die Wiederherstellung Polens versprachen. Die Reue und das Verständnis kamen jedoch nie zum Durchbruch und die ganze österreichische Polenpolitik seit 100 Jahren ist eine ununterbrochene Kette von Betrug und Selbstbetrug, wobei der eigentlich Betrogene freilich allerweil der österreichische Staat war.

Die zweite Teilung Polens wurde von den Russen eingeleitet im Januar 1793 — in demselben Monat und demselben Jahr, wo Louis Capet — der 16. Ludwig — in Paris als Hoch- und Landesverräter auf dem Schafot starb. Ein Ozean von Tinte ist von monarchischen Federn verschrieben worden, um den „namenlosen Frevel“ dieses „Königsmordes“ in den grellsten Farben zu schildern. Daß von seiten der Monarchen Europas gleichzeitig ein Verbrechen verübt wurde, tausendmal, millionenmal verbrecherischer — das haben die Herren wohlweislich verschwiegen. Ludwig der Sechzehnte hatte nach den Gesetzen seines Landes das Leben verwirkt — an seinem Hoch- und Landesverrath ist kein Zweifel, hat er doch selber in seinem berühmten Eiferschrant alle Beweise seiner Schuld sorgfältigst gesammelt. Aber mit welchem Recht wurde das polnische Volk von den verbündeten Monarchen gemordet? Dort war's die Hinrichtung eines Schuldigen — hier die Ermordung eines unschuldigen Volkes von Millionen unschuldiger Bürger.

Und zwei Jahre später kam die dritte Teilung. An dem noch zuckenden Leichnam sind seitdem allerhand diplomatische und undiplomatische Dissektionsversuche gemacht worden. Und immer waren die Polen die Ge narreten.

Als vor jetzt 65 Jahren, im Jahre 1830, Polen sich gegen die Russen erhob, da war das ganze liberale, bürgerliche Europa begeistert für Polen, und die Sache der Polen. Und der Trauerzug der geschlagenen Polen, nach der Niederlage, war ein Triumphzug durch Deutschland und Frankreich.

Es ist jetzt anders geworden. Der bürgerliche Liberalismus ist todt — das bismarckisch-zaristisch-panamistisches Bürgerthum schämt sich seiner Polenschwärmerei, wie seiner anderen „Jugend-Geleien“.

Und Polen?

Das Finis Poloniae ist von Kosciuszko nicht gesprochen

an die Leiche. Bettelvolk ging ein und aus mit hängenden Rosenkränzen und ausgebreiteten Händen, von den umliegenden Dörfern raunten Menschen herbei, die man Jahre lang nicht mehr gesehen hatte, und spät abends in seiner Stube hörte der Förster die endlosen, monotonen Gebete, die vor der Todten abgeleiert wurden.

Kam dann Anna aufgelöst und laut weinend zu ihm, so schloß er sie fest in seine Arme und drückte dem finstern danebenstehenden Lehrer die Rechte.

Armer Teufel!

Abgeheht und müde war er einst in sein Haus gekommen, wo der halb Verzweifelte neuen Glauben zum Leben und in Anna's erwachender Reigung einen Halt zu weiterem Ausharren fand. Unbekümmert um alles Kopfschütteln hatte der Förster seine Zustimmung zur Verlobung erteilt, aber den wenigen lichten Tagen folgten bald dunkle. Die Beförderung blieb aus, und der Lehrer, den erhöhte Spannkraft die Lasten seines Berufes ertragen ließ, wurde wieder unruhiger, seine Stellung zu dem Geistlichen, der dem Förster nicht gut gesinnt war, wurde immer schlechter, oftmals kam es sogar zu bösen Streitigkeiten, und wenn Gatt auch für manche bittere Erfahrung reichliche Entschädigung im Forsthaufe fand, so warfen doch solche Ereignisse düstere Schatten in das tägliche Beisammensein und in den immer länger sich hinziehenden Brautstand. Jetzt sollte endlich das gehoffte Ziel nahe, eine neue Eingabe an die Regierung wurde freundlich beantwortet, man wollte die Anstellung von einer weiteren Inspektion abhängig machen, die man täglich erwartete.

Ob's noch wird?

Der Förster senkte und blickte auf den Weg hinab zwischen Forsthaus und Schule. So kurz! Und doch

7

Ein Verrückter.

(Nachdr. verboten.)

Kampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Ruederer.

Tiefer stand die Sonne. Durch das Dickicht des aufsteigenden Tannenwaldes brachen leuchtende Streifen und zeichneten sich mit phantastischen Umriffen auf Moos und Farnkraut. Käfer summten, Ameisen trabbelten in dem erdigen, nabelbedeckten Pfad herum, den Walder bedächtig Schritt für Schritt empowanderte. Dürre Reiser und Astchen knisterten unter den schweren Tritten des starken Mannes, der gleichmäßig weiter ging, einen Bergstock in der Linken, die Finte und den verschliffenen Rucksack übergehängt.

Steiler wird der Weg, lichter der Wald; Felsblöcke wachsen klotzig aus dem dunkelgrünen Boden heraus und dazwischen streicht mächtiges Krummholz seine weitverzweigten Äste wie haschende Polypenarme nach allen Richtungen. Der Blick fängt an sich zu weiten und frischer weht die herbe Luft der Höhe.

Da und dort noch eine riesige, verwitterte Tanne mit stichem Leibe, mit klaffender Wunde und hinter ihr, von grauem Moos umspannen, träumerische Lärchenstämme, deren herabhängendes, lichtgrünes Haar golden in der scheitenden Sonne glänzt.

Vor einer gewaltigen Fichte, die der Blick mit klaffendem Munde entzwei gespalten hatte, hielt der Förster ein und trocknete sich die Stirne. Er war schon so dicht unter den grauen Felsen, die sich hier aus einem Labyrinth von Schluchten und Thürmen vor ihm aufbauten, daß er die zersplitterten Gipfel nicht mehr erblicken konnte. Ein breiter

worden, weder auf dem Schlachtfeld von Maciejowice, noch bei einer anderen Gelegenheit, und wie dem Wort, so können wir dem Gedanken ein Fragezeichen beifügen. Auf allen Schlachtfeldern der Freiheit in diesem Jahrhundert haben die Söhne Polens ihre Freiheitsliebe und die Lebenskraft ihres Volkes bezeugt.

Polen ist nicht tot.
"Noch ist Polen nicht verloren." Das internationale Proletariat hat mit anderen Inventarstücken des bankrotten bürgerlichen Liberalismus auch die Sühne des an Polen begangenen Verbrechens übernommen; und man wird sich erinnern, daß die Internationale Arbeiterassoziation in flammenden Sätzen diese Pflicht des Proletariats betont hat.

Polen ist nicht verloren.
Nicht als Pfaffenparadies, wie der katholische Klerus es träumt, nicht als Adelsrepublik, wie es den Schlachtzigen vorzulebt, wird Polen auferstehen — das sind Gebilde der Vergangenheit, die in der Gegenwart keine Wurzel mehr haben und in die Zukunft nicht hineinwachsen können — was kommen wird, so gewiß als die Sache der Arbeit und des Sozialismus liegt, das ist ein freies polnisches Gemeinwesen, eingegliedert in die freien Gemeinwesen des internationalen Proletariats.

Das Attentat Biegenbalg.

Die Nachricht von einem neuen Attentat durchläuft die Presse. Es verdient nicht minder Beachtung und sorgfältige Prüfung als das Attentat des Arbeiters Meyer auf den Fabrikant Schwarz, da beide Vorkommnisse verwandte Züge aufweisen. Diesmal ist allerdings der Attentäter kein Arbeiter, sondern ein entlassener Schuhmann, und sein Opfer nicht ein Fabrikant, sondern ein Polizeidirektor. Der Schauplatz dieses neuesten Mordversuches ist Leipzig. Die bisher vorliegenden Telegramme melden darüber:

Leipzig, 23. Oktober. Den hiesigen Zeitungen zufolge wurde heute Vormittag hier auf dem Königsplatz ein Anschlag gegen den Polizeidirektor Dr. Bretschneider verübt. Es ist ein Nachakt eines früheren Schuhmannes Biegenbalg, der seines Postens enthoben war. Biegenbalg gab fünf Revolverkugeln auf Dr. Bretschneider ab, von denen jedoch nur eine traf. Der Thäter wurde verhaftet.

Leipzig, 23. Oktober. Nach amtlicher Ermittlung gab der Schuhmann August Biegenbalg drei Schüsse auf den Polizeidirektor Dr. Bretschneider ab, von denen zwei eine in einer Altemappe unter dem Arme getragene, 23 Blatt starke Denkschrift, betr. die Grundsteinlegung des neuen Reichsgerichts-Gebäudes durchschlugen und dem Polizeidirektor bis auf das untere Hemd in der Gegend des Herzens drangen. Der Polizeidirektor ist unverletzt. Das Publikum hatte den Thäter festgenommen. Dieser erklärte mit größter Gelassenheit, daß er den Polizeidirektor am Rathhaus abgelauert und erschossen hätte, wenn er einen anderen Weg genommen hätte.

Das Attentat Biegenbalg's ist mißlungen, während das Meyer's gelang. Das ist der wesentlichste Unterschied zwischen diesen beiden Ereignissen. Das Mißlingen oder Gelingen ist aber völlig nebensächlich zur Beurteilung der Beweggründe des Attentäters und der sonstigen Umstände des Attentats. In bezug auf beides springt die Familienähnlichkeit des Mülhauser und des Leipziger Attentats sofort in die Augen. In beiden Fällen tritt ein früherer Untergebener seinem früheren Vorgesetzten feindlich gegenüber. In beiden Fällen ist die Rache für angeblich erlittenes Unrecht der Beweggrund zur That. Derartige Erscheinungen sind so alt wie überhaupt das Verhältnis von Untergebenen zu Vorgesetzten im wirtschaftlichen oder staatlichen Leben. Sie sind so häufig, daß ihre Erwähnung als allgemein soziale Erscheinung fast den Eindruck der Trivialität macht. Daß der Knecht den Herrn

hatte ihn dies schmale Band eine Ewigkeit gedünkt, als er dort am Morgen hinter dem Sarge einhertritt, wobei der Lehrer nach einer klagenden Melodie das: *Miserere — me — i — De — us* mit einem entstellten Gesicht fang.

Ob's noch wird?
Wie er ihn da und gleich darauf vor der offenen Grube gesehen hatte, in der schon zwei Kinder Walder's seit Jahren ruhten, da wollte er's fast bezweifeln.

Arme Anna! Armer Teufel!
Berrütet, verfahren kam er ihm vor; vielleicht war's schon zu spät. An ihn und an sein Kind hatte er einzig denken müssen, als man den Sarg hinabließ und mit freischendem Gebete das Grab umringte.

Seltzam, daß er dabei kaum die Todte vor sich sah! Was man da unter umständlichen Zeremonien und fremden Sprüchen mit Weihrauch und geheiligtem Wasser der Stätte der Verwesung übergab, das war für ihn etwas Fremdes und gänzlich Erstorbenes. Das Bild seiner Frau stand wo anders, nicht in der spitzfindigen Leichenrede des Geistlichen, nicht in dem Gedanken einer verklärten Seligkeit und ewigen Wiedervereinigung: es war im Forsthaus, wohin er die frische Toni mit den fröhlichen, blauen Augen einst als sein Weib geführt hatte, wo sie ihm die Kinder geboren hatte, wo ihr beglückendes Lachen das ganze Haus erfüllte, bis es allmählig unter den quälenden Leiden erstarb, während die Blicke der Kranken ängstlich um Hilfe spähten und die abgemagerten Hände nach den Verlobten tasteten, deren Zukunft ihre letzte Sorge war.

Erlöst!
Fast freudig kam es jetzt halbblau von Walder's Lippen. Er hob den Kopf und blickte hinaus in die strahlende Landschaft. Kein Dunstwölkchen zog über das reine, tiefblaue Firmament. Die Sonne stieg langsam herab zu den grünen Vorbergen und warf einen gewaltigen Feuerstrom zur Höhe hinaus. In weichen Farben schimmern die Steinmauern, alle Startheit ist von ihnen gewichen, und tief in den Klüften und Rissen der Felsen tönt es manchmal von losgehenden, zur Tiefe stürzenden Trümmern geheimnisvoll in die majestätische Ruhe des Abends herein.

Wie schwerer, dunkler Sammet liegt der Hochwald zu Füßen des Försers gebreitet; in scharfen Biegungen zieht er sich den Steilwänden der weitgestreckten Bergseite entlang bis zu den äußersten, zackigen Rissen, die als trostloser Grenzwall wie lodernde Scheiterhaufen aus dem Gluthstrom der Sonne emporwachsen.

(Fortsetzung folgt.)

zu ermorden sucht, von dem er sich zu unrecht behandelt glaubt, ohne Hoffnung auf Remedium durch das staatliche Recht zu haben, ist zu allen Zeiten und in allen Ländern vorgekommen. Nirgends aber vielleicht so selten als unter deutschen Arbeitern, (seit sie gelernt haben, durch Zusammenschluß im gewerkschaftlichen und politischen Leben einer für alle und alle für einen, für die Emanzipation des Proletariats einzutreten. Diese sich statistisch feststellen, wie viel derartige Attentate während der letzten 20 Jahre prozentualer auf die deutsche Arbeiterklasse und wie viel etwa auf die Beamtenklasse und auf sonstige bürgerliche Berufe entfallen, so würde sich sicher herausstellen, daß die Arbeiterklasse weit attentatsfreier da steht, als jene Berufsgruppen. So rief die „Leipziger Volkszeitung“ dieser Tage einen Vorfall in Erinnerung, der sich vor Jahresfrist gleichfalls in Leipzig ereignete. Da hatte ein Kommist Niesel, der von dem Fabrikdirektor Peger entlassen worden war, seinen bisherigen Vorgesetzten erschossen und dann sich selbst entleert. In seiner Wohnung wurde ein an seine Eltern gerichteter Brief vorgefunden, indem er sagte:

„Er werde sich erschießen, weil ihm früher gesagt worden sei, daß er vielleicht einmal als Direktor angestellt werden solle, diese Hoffnung aber verunstaltet worden sei. Er wolle den Selbstmord nur verüben, um Rache zu nehmen. Er müsse so handeln, um sich zu recht fertigen und zu rächen.“

Da haben wir also drei parallele Fälle: das Attentat Niesel, das Attentat Meyer und jetzt das Attentat Biegenbalg. Alles drei die Handlungen rachstüchtiger sittlich tiefstehender Menschen, begangen an ihren Vorgesetzten oder Arbeitgebern, von denen sie sich benachteiligt glaubten.

Nun ist es keinem Menschen eingefallen, das Attentat Niesel gegen eine politische Partei zu fruktifizieren. Bei dem Attentat Meyer hat man es eifrig versucht und versucht es noch fortgesetzt. Die nämlichen Leute, die den Arbeiter Meyer der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen versuchten, werden aber sich wohl hüten, bei dem Schuhmann Biegenbalg nach der nämlichen Methode zu verfahren. Es könnte sich ja herausstellen, daß Biegenbalg Leser des „Leipziger Tageblatts“, oder sonst eines offiziellen Blattes gewesen ist. Zu was für Schlussfolgerungen müßten dann die Ordnungsbürokraten gelangen?

Und liegt nichts fern, als etwa zu ungunsten unserer Gegner solche Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir halten die That Biegenbalg's in Leipzig ebenso für einen individuellen Nachakt wie die des Meyer in Mülhausen. Wir hoffen aber auch, daß unsere Gegner, durch das Leipziger Attentat belehrt, endlich mit ihren verunglückten Versuchen aufhören werden, das Mülhauser Attentat gegen die Sozialdemokratie zu fruktifizieren.

Die „Leipziger Volkszeitung“ theilt, wie wir kurz vor Schluß der Redaktion noch erfahren, über den Attentäter Biegenbalg folgendes mit:

Biegenbalg ist vor mehreren Jahren wegen eingetretener Dienstinabilität entlassen worden. Es ist derselbe ehemalige Schuhmann, der vor einiger Zeit durch Fiktulare, die er mit der Post an gutstürzte Bürger unserer Stadt versendete, auf die Infolge seiner Krankheit und Entlassung entstandene Notlage aufmerksam machte und in demütigster Weise um Unterstützung bat. Er war rückenmarkleidend und galt in amtlichen Kreisen als geistig abnorm.

Vor etwa Jahresfrist wurde ihm die von ihm innegehabte Wohnung in einem der Rathshäuser am Raschmarkt wegen rückständigen Mietzinses gekündigt. Er glaubte sich zu Unrecht entlassen und machte den Polizeidirektor Bretschneider dafür persönlich verantwortlich.

Vor längerer Zeit reichte Biegenbalg auch eine Eingabe an das Leipziger Stadtoberordnungs-Kollegium ein, in der er sich über seine Entlassung beschwerte; das Kollegium konnte sich jedoch, da die Eingabe eine reine Privatsache betraf, nicht mit ihr befassen.

Biegenbalg, der jetzt in Lindenau, Löhnerstr. 74, wohnt, bezog für sich und seine aus vier Köpfen bestehende Familie eine Pension von 1,25 M. pro Tag, welcher Betrag um so weniger ausreichen konnte, als auch seine Frau krank war.

In einer im November 1894 an das Publikum gerichteten gedruckten Bittschrift sagte Biegenbalg:

Als städtischer Pensionär ist mir leider laut Stadtregulativ auch die Armenunterstützung entzogen, und selbst eine Nachfrage seitens des Vereins für innere Mission brachte mir trotz meiner augenscheinlichen Hilfsbedürftigkeit keine Hilfe, weder eine pekuniäre Unterstützung, noch auch nur eine Gemüths-, Milch- oder Brotmarke. Dieser Verein unterstützt statutengemäß nur Leute, die als unterstützungsbedürftig bezeichnet werden und nur, wenn dieses mittels schriftlicher Empfehlung geschieht von Herrschaften, die dem Verein als Mitglieder angehören. Da mir solche Empfehlung fehlte, konnte ich keine Unterstützung erhalten. Ich bin deshalb gezwungen, damit der Noth meiner Familie gesteuert werde, mich an die Hochherzigkeit des Publikums zu wenden. Könnte ich nur einen Bürger für 222 M. finden, damit ich das Nöthigste bezahlen, eine kleine Wohnung mieten, und so meine Familie vor dem Elend bewahren könnte! — Gott würde solche That christlicher Nächstenliebe gewiß reichlich lohnen. — Schon hat Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi gütigst meine Bitte gewilligt bis zum 1. Dezember d. J. verschoben und haben sich mitbedürftige Menschen meiner angenommen, wofür ich allen — auch den mir Unbekannten — herzlich dankbar bin. — Und so hoffe ich zu Gott, der ja der größte Helfer ist, daß er mich vor dem schrecklichsten Bewahren und mir Hilfe in der Noth senden wird.

In größter Ehrerbietung
August Biegenbalg.
Leipzig, Raschmarkt 2, III. Ausgang Raschmarkt 3.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 23. Oktober.

Der „Offenburger Volksfreund“ schreibt in Erörterung der Unterdrückung, die ihn in Elßah-Rothringen betroffen hat:

„Seit den 1 1/2 Jahren, da der „Volksfreund“ die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage der Arbeiter“ in Elßah-Rothringen zum Gegenstand seiner Kritik machte, ist es noch nie vorgekommen, daß ein einziger Fabrikherr, eine Firma oder industrielle Vertretung wegen persönlicher Verdächtigung, Verunglimpfung oder Verleumdung vorstellig geworden. Sie hatten einfach keine Veranlassung dazu. Die sehr wenigen — etwa 3 — Prozesse, die aus der elßahischen Ausgabe des „Volksfreundes“ entstanden, betreffen nicht den Kreis der Industriellen.“

Thut nichts, der „Volksfreund“ wird unterdrückt!

Was die „Hamburger Nachrichten“ nicht alles herauszuschneiteln! Wir hatten vor einigen Tagen eine Mittheilung gebracht über die Verurtheilung eines Juraren, weil er „Hoch die Sozialdemokratie!“ an eine Thür geschrieben hatte. Daran war eine Warnung an andere zum Militärdienst eingezogene Genossen geknüpft, sich vor solchen

Unvorsichtigkeiten zu hüten. Zu dieser Warnung bemerkten die „Hamburger Nachrichten“:

„Wir glauben, daß diese Warnung den Jura hat, die Aufmerksamkeit von der geheimen Agitation in der Armee abzulenken, die für die sozialdemokratische Sache von größter Wichtigkeit ist und durch nutzlose Demaskierung einzelner nur gefährdet werden kann. Wir sind der Ansicht, daß die sozialdemokratische Agitation in der Armee hauptsächlich darauf gerichtet ist, das Unteroffizierskorps zu gewinnen, damit möglichst viele Angehörige desselben, wenn es einmal zur militärischen Niederschlagung einer sozialrevolutionären Revolte kommen sollte, ihre Leute veranlassen, „zu hoch“ zu schießen. Wir wissen nicht, ob und inwieweit diese sozialdemokratische Minorität ihren Zweck erreichen wird, aber wir haben es oft genug von unterrichteter Seite als eine Thatfache bezeugen hören, daß die Sozialdemokratie Vertrauensleute ihrer Partei im Unteroffizierskorps erhält und auf Avancement dienen läßt. Wir halten es für eine Aufgabe der Heeresverwaltung, in bezug hierauf besondere Wachsamkeit üben zu lassen und auf die geringsten Anzeichen hin die umfassendsten Untersuchungen anzustellen.“

Den Demagogentriedern, die in den „Hamburger Nachrichten“ ihr Wesen treiben, können wir anvertrauen, daß jene Notiz mitsamt der Warnung einfach einem unserer Provinzialblätter entnommen war, womit wohl zur genüge die Halboffizierlichkeit der uns untergeordneten geheimen Pläne erwiesen ist. Wir hoffen nunmehr, daß die sachsenwälder Staatsretter jetzt etwas Neues gegen uns erfinden, das nicht so offenkundig den Stempel aufgeschmierter Albernheit auf der Stirn trägt —

Zu Graf Badeni's Antrittsrede ist noch zu bemerken:

Nicht bloß die Arbeiter, sondern alle politisch interessierten Volkskreise waren auf's lebhafteste gespannt, was das Kabinet über seine Absichten in betreff der Wahlreform in seiner Antrittsrede offenbaren wird. Herrscht doch in Oesterreich und über dessen Grenzen hinaus die übereinstimmende Meinung, daß es für dieses Land keine wichtigere Frage giebt, als die Wahlreform. Einzig das Kabinet Badeni theilt diese allgemein herrschende Anschauung nicht, es erklärt als Hauptaufgabe der Regierung die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn und kündigt bloß ein Wahlreformgesetz, wie ein halb Duzend anderer Vorlagen an, ohne über Art und Umfang seiner Pläne etwas verlauten zu lassen. Mit der, wie es scheint, dem Grafen Badeni eigenen Unversorgenheit fordert er die Annahme dieses Entwurfs, über dessen Inhalt er sich auszuschweigen beliebt.

Ueber all die Regierungsaufgaben, die der polnische Graf aufzählt, auch über die von ihm als wichtigste bezeichnete, den Ausgleich mit Ungarn, sagt er gar nichts als eben die Titel der Entwürfe. So kann man aus dem Arbeitsprogramm über die Richtung des Kabinet's keine Schlüsse ziehen. So schweigsam das Kabinet über seine materiellen Aufgaben ist, so geprücht ist es über die in Aussicht genommene Form der Geschäftsbehandlung. Ueberall zeigt der Oberschlachtige die brutale Faust, so wo er die Entschiedenheit betont, mit der er den Nationalitätenkämpfen entgegenwirken will und alle Deutsche, Slovenen, Czechen, Italiener, Polen und Ruthenen ins unversäufte Oesterreicherthum hineinzwängen will, das freilich außer in einem Theil der älteren Bureaucratie niemals existirt hat. Noch schärfere Töne schlägt der neue Ministerpräsident an, wenn er den Willen der Regierung betont, die Umwälzung und Vernichtung der Gesellschaftsordnung zu verhindern. Die österreichische Sozialdemokratie wird ihm antworten:

Will der Herr Graf ein Länzchen wagen,
Er darf's nur sagen. Ich spiel' ihm auf!

Der Herr Graf soll sich nur nicht einbilden, daß man in Wien so leicht und bequem regiert, wie etwa in Prag und Brody. Den Schlachtzigen wird es noch theuer genug zu stehen kommen, daß sie die Schwierigkeiten der Uebertragung der polnischen Wirtschaft auf Oesterreich unterschätzen.

So entschieden der Ton der Abwehr beim Grafen Badeni ist, so gut weiß er Czechen und Ultramontane mit faustten Plöten tönen ins Garn zu loden. Den Klerikalen verspricht er alles, was sie wollen, die Betonung des religiösen Moments im Staatsleben, die Pflege der religiösen Gefühle und die sittlich religiöse Erziehung der Jugend, dabei will die Regierung die wirtschaftlichen Fragen im Auge behalten, was kaum mit unrecht als ein Entgegenkommen den Wünschen der Bünfler gegenüber geendet werden soll. Den Czechen gegenüber, über deren Haupt bis vor wenigen Tagen wegen der antidynastischen Haltung der Omladina die Zuchttrübe des Ausnahmezustandes geschwebt hat, wird ihr „glänzend erprobter Patriotismus“ bescheinigt, die Politik der Vorgänger des Kabinet's wird verweigert, indem betont wird, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes keine Konzeption, sondern die Basis zur Schaffung normaler Zustände ist. Das sieht einer öffentlichen Abbitte so gleich, wie ein Ei dem anderen.

„Ein fürchterliches Urtheil“ soll, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt, über die österreichischen Soldaten gefällt worden sein, die vor 5 Monaten im Handgemenge einen Wachtmeister erschlugen, der sie aufs Grausamste gepeinigt und mißhandelt hatte.

Einige Monate nach dem auch von uns erwähnten Vorgang hieß es, sämtliche „Meuterer“ — es war eine ganze Kompanie — seien standrechtlich erschossen worden. Dies ward aber widerrufen und vergangene Woche meldete man, „nur“ 5 Meuterer seien zum Tode verurtheilt worden.

Jetzt nun wird dies dahin berichtet, daß 15 — fünf — 3 e h n! — der Meuterer zum Tode verurtheilt seien.

Die „Arbeiterzeitung“ appellirt an die gesammte Presse, daß sie gegen die Volleziehung dieses fürchterlichen Urtheils protestire und ein schmachvolles Verbrechen an der Menschlichkeit verhindere.

Freilich, was fragt der Moloch Militarismus nach Menschlichkeit? Das ist ihm eine „schlappe Sentimentalität.“

Die französische Kammer, die gestern zusammentrat, wird sich gleich morgen — Donnerstag — mit den Vorgelegungen in Carmanz beschäftigen. Die beglücklichen Unterpensionen unserer Genossen sind auf die Tagesordnung gesetzt. Natürlich wird bei dieser Gelegenheit auch der verurtheilte gegen Jaurès gerichtete Prozeß des Herrn Rießguier zur Sprache kommen. Letzterer Herr, der Zealotypus eines nur auf Ausbeutung und Knechtung der Arbeiter erpichten Bourgeois, wird wohl die Hauptkosten der Debatten zu tragen haben. —

Deutsches Reich.

— Zum Fall Lorenz. Genosse Hille hat nun ebenso wie der Staatsanwalt gegen das Urtheil des Schöffengerichts Berufung eingelegt. —

— Ein antisemitischer Parteitag hat in Erfurt stattgefunden. Es ist das die Gruppe Zimmermann-Liebermann-Hörster, Deutsche Reformpartei genannt, die dort berathen hatte, wie dem Judenthum in Deutschland der Garaus zu machen ist. Die antisemitischen Weisen haben tiefsinnige Betrachtungen darüber angestellt, wer denn eigentlich als Jude anzusehen sei. Zu einem Schluss sind sie aber nicht gekommen. Die Einen waren der Ansicht, daß jeder als Jude zu betrachten sei, dem innerhalb der letzten drei Generationen in direkter Abstammung auch nur eine jüdische Person nachgewiesen werden könne. Andere wollten zwar eine jüdische Urgroßmutter gestatten, aber jeden als Juden betrachten, unter dessen Eltern und Großeltern sich eine Person jüdischen Bekenntnisses befindet. Schließlich wurde dem nächsten Parteitag die Definition überlassen. Wer aber als Jude anzusehen ist, soll ausgeschlossen werden vom Beamten- und Soldatenstande, vom Aergte- und Rechtsanwaltsberuf, von kommunalen Körperschaften und Volksvertretungen. Im Uebrigen kommen die Beschlüsse auf die sogenannte Hebung des Mittelstandes heraus, für dessen Wohl alle möglichen reaktionären Mittelchen in Aussicht genommen werden. —

— Der „Beobachter“ in Stuttgart nimmt jetzt redaktionell Stellung gegen den von der Berliner „Volks-Zeitung“ ventilirten Plan, die Deutsche Volkspartei nach Norden über die Mainlinie auszudehnen. Dadurch wird der Plan ausichtslos als je. —

— Die Bourgeois-Republik Hamburg und der Herrscher aller Reußen. Seit einer Woche wurde auf der Vorstadt Bühne des Ernst Bräuer-Theaters das sensationellste Drama der Jetztzeit „Stambulow oder die Bluthut von Sofia“, ein elendes Nachwerk eines sensationslüsternen Schnell-dichters Dr. Konowski aufgeführt. In demselben wird Stambulow bis in den Himmel gehoben und Fürst Ferdinand und dessen Minister Raschewitsch arg zergossen. Dabei fließen dann natürlich einige scharfe Ausfälle gegen Rußland und die russische Politik mit unter. Das hat den hiesigen russischen Generalkonsul, der sich jedenfalls durch einen Gelehrten über den Inhalt des Stückes hat Bericht erstatten lassen, arg verknüpft. Von dieser seiner Verschimpfung hat er offiziös dem hiesigen Polizeigewaltigen, Senator Dr. Bachmann, Mittheilung machen und durchblicken lassen, daß sich der Schnupfen auch auf das Wälderchen an der Rewa übertragen könne. Der Wink wurde verstanden. Da es aber in Hamburg keine Theaterzensur giebt und das unbecommene Stück daher nicht einfach verboten werden konnte, ließ Senator Bachmann sich den Direktor des Theaters kommen und — schmeichelt ihm „Stambulow“ von der Bühne des Ernst Bräuer-Theaters verschwinden. Man sieht, es geht auch auf dem Wege „freundschaftlichen Einwirkens“. —

— Trier, 23. Oktober. Der Landtags-Abgeordnete für den Wahlkreis Berncastel Dr. Zhanisch (Zentrum) ist gestern plötzlich gestorben. —

— In Württemberg hat der Minister v. Mittnacht, dem das Eisenbahnenwesen untersteht, an die Eisenbahnbeamten einige Mahnworte gerichtet, die auch anderswo Beachtung verdienen. Anlässlich des 50. Jahrestages der Eröffnung der ersten württembergischen Eisenbahnstrecke war vom Verein der Eisenbahnbeamten in Stuttgart eine Feiervorstellung. Der Minister sagte bei dieser Gelegenheit im Verlauf einer längeren Ansprache: Wenn auch das sehr verehrte Publikum oft scharfe Klagen gegen die Eisenbahn richtet, so dürfte dieselbe nicht ungehalten sein, denn jenes habe das Recht zum Urtheil, und man solle nicht vergeßen, daß es noch keine Beamten-unsehrbarkeit gebe; man lerne wohl am besten von denen, für die die Bahnen gebaut wurden. Die Verwaltung soll für Belehrung zugänglich sein, denn ihr Wirken werde doch auch anerkannt. —

München, 23. Oktober. (Eig. Bericht.) Mit frischem Eifer hat der Staatsanwalt das Nachtrakt für die hohe bayerische Kammer angetreten und die Ermächtigung bei der hohen Kammer selbst nachgesucht zur Strafverfolgung der „Münchener Post“ und der (demokratischen) „Münch. Freien Presse“. Besagte Sünder sollen nämlich — nach der Meinung des Herrn Staatsanwalts — das Abgeordnetenhaus durch die Bepfechtung der „Haltung“ der beiden großen Parteien anlässlich des von Grillenberger und unseren Genossen im Landtag beantragten Mißbilligungsvotums beleidigt haben. Die Kammer hat bis jetzt trotz alledem noch so viel Mäßigkeit, derartige freundliche Anträge des Staatsanwalts abzuweisen und das Hauptorgan des Zentrums, die „Münchener Postzeitung“, welche ja wissen muß, wie der Wind in der Majorität weht, ist der Ansicht, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung auch diesmal nicht erteilt wird. Aber selbst wenn sie hergegeben werden sollte, ist es mehr wie fraglich, ob der Staatsanwalt seinen Eifer belohnen kann, denn — wenigstens soweit die „Münchener Post“ in Frage kommt, der Artikel des volksparteilichen Blattes kennen wir nicht — die Kritik wendet sich nicht etwa gegen die ganze Kammer, sondern von Anfang bis zum Ende lediglich gegen die wackeren Umfasser des Zentrums und den sogenannten Liberalen, denen allerdings und mit Fug und Recht wegen der völligen Preisgabe der verfassungsmäßig gesicherten Rechte der Kammer gebührend der Tadel zufließen wird. Nun repräsentieren aber die „beiden Großen“ noch nicht das bayerische Abgeordnetenhaus, sondern dazu müssen wohl oder übel auch die Sozialdemokraten und Bauernbündler, welche für den Antrag Grillenberger eintreten, gerechnet werden. Dabei wird auch die juristische Fingirtheit des ersten Staatsanwalts vom Landgericht I sich bescheiden müssen. —

Herr v. Feilich, der Minister des Innern und berühmte Interpret des bayerischen Vereinsgesetzes, soll trotz des Anfalls der beiden „großen“ Parteien über die Mißbilligung, so ihm gedroht hatte, sehr verschupst sein, das behauptet ein sonst nicht schlecht orientirter Korrespondent des liberalen „Kourier für Nieder-Bayern“ in Landshut. Dazu könnte eine Bemerkung der offiziellen „Münchener Abendzeitung“ in gewisser Beziehung stehen, welche einem Dementi der Nachricht vom „drohenden“ Rücktritt Feilich's angeblich ist und welche besagt, daß er gesonnen sei, „mindestens noch diese Session“ mit der Kammer weiter zu arbeiten. Allein der ganzen Veranlassung des früheren Polizeidirektors und jetzigen inneren Ministers nach, ist auf eine derartige kräftige Regung seiner Empfindlichkeit nicht zu hoffen. Herr von Feilich, der aus der in gewissen Kreisen herrschenden Furcht vor dem „rothen Gelpen“ seine Gefolge gemüthet hat und, wie man sagt, noch zu mätzen verheißt (die bezügliche Thatsache sind bei der Königs-Katastrophe im Jahre 1886 zur Genüge in die Öffentlichkeit gelangt), Herr von Feilich wird zum weiteren Geben bayerischer Polizeibureaukratie von seiner Verschupfung bald wieder geheilt sein. Dem Ministerseßel sind weich gepolstert und ein Gehalt von 28 000 M. ist auch kein Pappenstiel. —

— Fuchsmühl und kein Ende. Die Bepfechtung der Kammerverhandlung vom 17. Oktober. Der Antrag: das Tadelvotum gegen die Minister wegen ihres Verhaltens in der Fuchsmühl Angelegenheit betreffend, soll der „Münchener Post“ einen Prozeß eintragen. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, hat der erste Staatsanwalt Antrag auf Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen unser Münchener Partei-Organ eingelegt, da er in dem fraglichen Artikel eine Beleidigung der Abgeordnetenversammlung erblickt. Der demokratischen „Freien Presse“

blüht das gleiche Schicksal. Die Ermächtigung zur Strafverfolgung hat bekanntlich der Landtag zu erteilen. —

Oesterreich.

— Eine deutsche Volkspartei für Böhmen. Die deutschnationalen Blätter melden aus Prag: Die Vertrauensmänner-Versammlung der deutschnationalen Partei Böhmens beschloß einstimmig die Bildung einer deutschen Volkspartei für Böhmen und nahm einstimmig das Programm an. Zu den bevorstehenden Landtags-Wahlen wurde beschlossen, an der für den 27. Oktober ausgeschriebenen Vertrauensmänner-Versammlung der liberalen Parteileitung nicht theilzunehmen, wohl aber bedingungsweise an den Beratungen des künftigen Landtags theilzunehmen. In mehr als 20 Bezirken werden eigene Kandidaten aufgestellt. Die Auslösung der liberalen Partei in Oesterreich macht täglich Fortschritte. —

— Ein Erfurter Lorenz in Brunn. Bei der am 8. d. M. stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung gegen Genossen Elberich hat der Staatsanwalt-Substitut Dr. Heyberger den Genossen Komprda beleidigt, was der Verteidiger Dr. Weismann protokollieren ließ. Derselbe Heyberger beleidigte auch den Advokaten Dr. Stranitzky. Genosse Komprda hat eine Ehrenbeleidigungsklage gegen Heyberger eingebracht, der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Stranitzky stieß die Beleidigung ruhig ein. Wir werden über den Ausgang dieser Affäre Bericht erstatten. —

Ungarn.

— Von chauvinistischer Seite werden die Vorgänge in Agram zum Anlaß genommen, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Das Parlament verhielt sich diesen Versuchen gegenüber schon deshalb mit recht ablehnend, weil ein halbes Hundert Leute in Agram verhaftet sind und der Regierung eben wegen ihres Uebereifers als wegen ihrer Lässigkeit in der Verfolgung jugendlicher Studenten Vorwürfe zu machen sind. —

Frankreich.

Paris, 21. Oktober. (Eig. Bericht.) Zur Lage in Carmaux. Nach all den letzten provokatorischen Vorgängen, die ein zweites Journies befürchten ließen, ist plötzlich vollkommene Ruhe in Carmaux eingetreten. Keine hin- und hergehende Kavallerie mehr, keine Hausdurchsuchungen, keine Verhaftungen. Alle Leute können wieder ruhig ihren Geschäften nachgehen, die Kinder auf die Spielplätze gehen und die Nachbarinnen mit einander vor ihrem Hause verkehren, ohne Gefahr zu laufen, von den Kavallerieherren niedergestrichen oder von den Gendarmen verhaftet zu werden. Ja, noch mehr: Charpentier und Davidou, der Kassirer wie der Sekretär des Vertheidigungs-Komitees der Glasarbeiter, die bekanntlich verhaftet worden sind, weil sie einigen von Refféguiers unter falschen Vorworfungen angeworbenen Glasarbeitern das Refféguiers zur Rückkehr in deren Heimathsort gegeben, sind, ohne daß es zu einem Verhör gekommen ist, in Freiheit gesetzt worden. Woher dieser plötzliche Umschwung? Ist es, weil die sozialistischen Abgeordneten Boyer, Chauvin, Lamy und Millierand, sowie der Gemeinderath Landrin beim Ministerpräsidenten vorgesprochen haben? Aber alles, was sie ihm sagen konnten, war: Herr Ribot! Ich verheiß Ihnen, während er aber noch vor kurzem, als Millierand ihn wegen der Vorgänge in Carmaux aufgesucht, nichts als leere Redensarten hatte, die alles beim alten belassen, er mit einem Male strich die Ordres nach Carmaux geschickt, die auf den Präfecten, die Staatsanwaltschaft, Polizeikommissäre etc. wie ein kalter Wasserstrahl wirkten und allen Ausschreitungen und Provokationen ein jähes Ende bereiteten. Damit hat er aber nur den Beweis geliefert, daß, wenn er, wie es seine Pflicht gewesen, früher eingegriffen hätte, es zu all den Ausschreitungen und Provokationen gar nicht gekommen wäre. Wenn er dies erst jetzt gethan, so liegt der Grund hierfür einfach darin, daß außer den kapitalistischen Bedientenblättern es kein einziges, nur halbwegs unabhängiges Blatt giebt, das auf Seite Refféguiers und der ihn unterstützenden Behörden stünde, und daß — die Kammer morgen wieder zusammentritt. Und bei der bevorstehenden Interpellation über die Vorgänge in Carmaux wird eben Herr Ribot nachweisen, daß er stets für die Neutralität in den Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter eingetreten sei und die bezügliche Ordre an die Behörden erteilt habe. Da wird es denn, dachte er sich, gut sein, wenn er zu diesem Behufe dem Hause einige Depeschen vorlegen kann. Darum die Ordres an den Präfecten u. s. w., in deren Folge Charpentier und Davidou aus freier Fuß gesetzt wurden, die Gendarmen und Dragoner sich in die Kasernen, die Kommission sich in ihre Bureau's zurückzogen, der Präfect Carmaux verließ und damit wieder Ruhe in diese Stadt einkehrte.

Verurtheilung des Refféguiers'chen Blattes. Zu der plötzlichen Umwandlung in Carmaux ist am Sonnabend auch noch die Verurtheilung des Refféguiers'chen Blattes „Le Télégramme“ hinzutreten. Dieses Blatt, das hauptsächlich zur Befämpfung Jaurès' ins Leben gerufen wurde, hatte diesen nämlich beschuldigt, das Votum der Glasarbeiter, die sich bei Beginn des von Refféguiers provozirten Konfliktes für den Streik erklärt hatten, gefälscht bei einer Anzahl von Stimmgeldern, die gegen den Streik gewesen seien, beiseite zu haben. Diese Verleumdung wollte Jaurès natürlich nicht auf sich sitzen lassen und hatte darum das Blatt gerichtlich belangt, insofern dessen auch der Chef-Redakteur Vontellier, sowie der verantwortliche Redakteur zu je 25 Franks Strafe, 100 Franks Schadenersatz und zur Einschaltung des Urtheils verurtheilt worden sind. Damit ist zugleich die moralische Verurtheilung jener kapitalistischen Blätter erfolgt, die, wie der Temps u. s. w., seinerzeit dieselbe Verleumdung gegen Jaurès gebracht hatten. —

Pariser Gemeinderaths-Wahl. In der am Sonntag im 6. Wahlbezirk erfolgten Gemeinderaths-Wahl ist, wie vorausgesehen wurde, Genosse André Leleuvre, Mitarbeiter der „Petite République“, als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. —

— Vor dem Justizpolizeigericht in Amiens hat sich ein Austritt abgespielt, wie er in Paris nicht selten vorkommt. Auf die Frage des Vorstehenden an einen wegen Landstreicherei angeklagten Gefangenen über Namen und Stand antwortete der Häftling kurz: „Ich heiße Antoine und Ihr alle seid Sch... Die großen Sybuben laßt Ihr laufen und die kleinen fangt Ihr. Wenn ich Robespierre wäre, so ließe ich Euch allen die Hälse abschneiden.“ Das Gericht verurtheilte ihn sofort zu 2 Jahren Gefängnis wegen dieser Antwort. Wir kennen die Richter in Amiens nicht, können daher nicht wissen, ob deren Beurtheilung durch den Angeklagten gerechtfertigt ist. —

Italien.

— Das Parlament ist für den 20. November einberufen. —

Spanien.

Madrid, 22. Oktober. Der Ministerrath hat beschlossen, drei Torpedoboote nach Cuba zu entsenden. —

Türkei.

Konstantinopel, 23. Oktober. Hausdurchsuchungen bei höheren Hofbeamten im Ministerrath sowie Verhaftungen unter der Polizeidienerschaft in Verbindung mit einigen außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen riefen neuerdings beunruhigende Gerüchte hervor, unter denen dasjenige, es seien auch im Ministerrath beschimpfende Pamphlete gefunden worden, wohl das wahrscheinlichste ist. Das Palais des Marineministers ist seit gestern militärisch besetzt. —

Amerika.

New-York, 8. Oktober. (Eigener Bericht.) Wahlrechtsveränderung. Die Verfassungs-Konvention in South Carolina

hat, dem Beispiel Mississippi folgend, die gemeldete Wahlverschlechterung vorgenommen, und zwar bestimmt, daß neue Gesetze, daß nur derjenige wahlberechtigt sein solle, der entweder Leiden oder Schreien kann oder nachweist, daß er für ein Eigentum im Werthe von mindestens 300 Dollar Steuern zahlt. Es wurde ungenirt ausgesprochen, daß es sich darum handle, die farbigen — die doch seit dem Ende des Bürgerkriegs „gleichberechtigte Bürger“ sind — das Wahlrecht zu nehmen und damit den Weißen die ungeheure Herrschaft zu sichern. Das, besonders durch die dritte Bestimmung, auch ein großer Theil der weißen Bürger entrechtet würde, ward von keinem der Abgeordneten berührt; auch hat man bisher noch nichts von einer Opposition seitens jenes Theils der „weißen“ Arbeiterbevölkerung gehört. Und da, wie schon bei früheren Gelegenheiten angeführt, die weißen Arbeiter im Süden noch vollständig mit dem alten Massenhas gegen ihre farbigen Klassengenossen behaftet sind und sie auch im übrigen noch rückständiger sind, als die — doch auch noch arg hinter der europäischen Arbeiterbewegung trodelnden — Arbeiter des Nordens, so ist vorerhand keine Hoffnung, daß sie sich gegen ihre prinzipielle politische Entrechtung auflehnen werden. Wie schon erwähnt, rechnen sie ja in ihrem Unverstand und blinden Egoismus darauf, daß das Gesetz auf sie keine Anwendung finden werde. Bemerkenswerth ist, daß derartige Vorurtheile den organisierten Arbeitern im allgemeinen, so weit sie auf dem Boden der „Gewerkschaftserei“ stehen, kaum Veranlassung geben, darüber ein Wort zu verlieren; außer in den sozialistischen Kreisen, kümmert man sich nicht darum. —

Die Reichstagswahl in Dortmund-Hörde.

Dortmund, den 21. Oktober 1895.

Am Freitag, den 25. Oktober findet die Nachwahl zum Reichstag im hiesigen Wahlkreis statt. Alle Parteien entsenden zur Zeit eine außerordentliche Märgelheit; der Wahlkampf nimmt täglich an Schärfe zu. Vor dem Ausfall der Wahl Schätzungen über die Stimmenzahl anzugeben unterlassen wir, weil solche vorherigen Prophezeiungen immer auf subjektiven Empfindungen beruhen und auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch haben.

Drei Parteien kämpfen um das Mandat: die National-liberalen, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Das Stimmverhältniß derselben war bei der Wahl 1890 folgendes: Nationalliberale 11 815, Zentrum 10 191, Sozialdemokratie 10 422 Stimmen. Die Hauptwahl von 1898 zeigt folgendes Ergebnis: Nationalliberale 16 234 Stimmen, Zentrum 13 188 Stimmen, Sozialdemokratie 17 170 Stimmen. In der darauffolgenden Stichwahl bekam der nationalliberale Kandidat Müller 21 589, unser Kandidat Genosse Tölle 21 525 Stimmen. Eine Stichwahl ist dieses Mal ebenfalls unerlässlich und soviel gilt als sicher, mit dem Kandidaten unserer Partei. Ob die Nationalliberalen oder das Zentrum mit unserem Kandidaten in Stichwahl kommt, läßt sich zur Zeit nicht beurtheilen. Die Nationalliberalen haben mit der nochmaligen Aufstellung des Herrn Müller, nachdem er zweimal im unrechtmäßigen Besitz des Reichstagsmandats gewesen, zweifellos keinen guten Griff gethan. Dazu kommt noch, daß Herr Müller sich durch sein Eintreten für das Zustandekommen des russischen und rumänischen Handelsvertrages mit dem Bund der Landwirthe, welche 1893 seiner Wahl unterstützte, überworfen hat. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe fertigt Herrn Müller folgendermaßen ab: „Einige Blätter haben in Bezug auf die Wahl in Dortmund hervor, daß gegen die Sozialdemokratie alle politischen Parteien zusammenhalten müßten. Prinzipiell ist das richtig, allein wir müssen andererseits hervorheben, daß Herr Müller eine zu eigenhämische Art hat, unsere politische Unterstützung nachzusuchen. Er glaubt uns durch Beschimpfungen fördern zu können. Wenn er z. B. in seiner Kandidatenrede feierlich wiederholt, daß die Leitung des „Bundes der Landwirthe“ eine thörichte sei, so verbietet uns unser politisches Ehrgefühl, für ihn einzutreten, denn dann würde die Welt ja zu der Ansicht gelangen, Herr Müller habe recht.“

Die freisinnige Partei hatte in der Absicht, den Kommerzienrath Müller bei der Wahl zu unterstützen, folgende Fragen an ihn gerichtet, die er beantworten sollte: 1. Sind Sie für Aufrechterhaltung des jetzt bestehenden allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts und wären Sie bereit, zur weiteren Sicherung desselben für den Antrag Ribot einzutreten? 2. Sind Sie ein Gegner der Ausnahmegerichte? 3. Werden Sie nach wie vor Ihren Standpunkt in der Frage der Handelsverträge einnehmen? 4. Sind Sie ein Gegner der Tabakksteuer?

Müller gab eine gewundene und ausweichende Antwort. Die freisinnige Partei am hiesigen Orte beauftragte deshalb in einer Versammlung ihren Vorstand zu der gedruckten Erklärung, dringend zu empfehlen, den Parteigenossen bei Ausübung ihres Wahlrechts im gegebenen Falle vollständig — freie Hand zu lassen.

An die Arbeiter des Wahlkreises wendet sich Herr Kommerzienrath Müller durch ein besonderes Flugblatt. Seine Stellung zum allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht ist darin in folgenden Sätzen ausgedrückt: „Sollen wir diese löstliche Ertrugenschaft (das Wahlrecht) durch weißen Gebrauch. Das Wahlrecht soll dazu dienen, die sozialen Schichten zur Erkenntnis ihrer gemeinsamen Interessen am Vaterlande zu erziehen. Wer es dazu ausnützt, den Klassenkampf zu schüren, treibt Mißbrauch damit und gefährdet dasselbe. Wir wollen, um das Wahlrecht zu schützen, diesem Mißbrauch heuern. Möchte uns jeder einsichtige Arbeiter darin unterstützen.“ Für wie unwissend muß der Kommerzienrath Müller die Arbeiter halten, wenn er solche Reden bietet!

Das Zentrum hat den Verleger der „Tremonia“, Lambert Lenzing wieder aufgestellt. Beide Parteien, Zentrum und Nationalliberale, liegen sich im Wahlkampf hauptsächlich wegen konfessioneller Fragen in den Haaren. Das Zentrum hat diesen Kampf herausgeschrien. Die „Tremonia“ erzählte u. a. in einem Artikel, daß Luther sich am Wetteppfen erhängt habe. Dadurch ist der konfessionelle Streit auf beiden Seiten entbrannt, der noch durch die unvermeidlichen Lieber'schen Dummheiten bei der Wahlagitatio geschürt wird.

Unserer Partei gegenüber benimmt sich Herr Lenzing durchaus schädel. In Ermangelung besserer Gründe verdächtigte er in gemeiner Weise unseren Kandidaten Genossen Lütgenau. Mit der Androhung, dessen Vergangenheit aufzudecken, hat Herr Lenzing sich selbst in den Augen der Gegner blamirt. Dazu gerieben, endlich mit den Enthaltungen herauszurücken, wußte er weiter nichts anzugeben, als eine Fälschung über eine angebliche frühere Stellungnahme Lütgenau's für den Kulturkampf.

Bei den Zwiderereien der Gegner untereinander haben sie natürlich die beste Gelegenheit, die brennenden sozialen Fragen der Gegenwart todzuschweigen oder sich mit einigen Phrasen darüber hinweg zu setzen.

Um so mehr nutzen unsere Genossen die Situation dazu aus, die Grundfrage und Forderungen der Sozialdemokratie zu verbreiten. Diese Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden. Der Prozeß Schröder und Genossen hat den scharfen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat dargelegt. Die Arbeiterklasse ist es, welche die Früchte davon erntet. Das zeigt sich bei der hiesigen Wahlbewegung. Die Stimmung ist überall eine vorzügliche. Das Ergebnis davon wird die Wahl zeigen.

Die Entscheidung in der Stichwahl wird keine leichte sein. Wie überall werden sich die Gegner auch hier wenn sie sich jetzt auch befinden, gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Diese ist in dem Kampfe auf sich selbst angewiesen. Sie hat ihre ganze Kraft zu entfalten. Uns kommt zu Gute, daß der Welske an dem, was er einmal begriffen hat, mit Zähigkeit festhält und es zur Ausführung bringt.

Partei-Nachrichten.

Der Beschluß des Breslauer Parteitages über den Agrarprogramm-Entwurf wird von einem Teil unserer Parteipresse fortgesetzt so mißdeutet, daß es schwer hält, nicht eine gewisse Absichtlichkeit hinter dieser Falschheit zu vermuten. Immer und immer wieder wird betont, daß es der Breslauer Majorität nicht gelungen werde, in der Partei die Diskussion über die Agrarfrage zu unterbinden und daß wir mit der „Verfälschung der Agrar-Kommission in den Werten der Oder die agrarische Frage für die Sozialdemokratie auf ewig beseitigt glaube, sich bitter getäuscht habe. Es werde bald die Zeit kommen, die uns lehrt, daß jene Schizze, die die Frage in Breslau noch nicht zum Abschluß bringen wollten, nicht mit Blindheit geschlagen waren.

Diese absolut falsche Darstellung findet jetzt eine Nachbesserung, welche um so mehr ins Gewicht fällt, als sie aus dem Munde der Freunde des Agrarprogramms heraus erfolgt. Das „Hamburger Echo“ schreibt nämlich in seiner letzten Nummer in einer Polemik gegen die „Magdeburger Volksstimme“ wie folgt: „Die zur Annahme gelangte Kautsky'sche Resolution bestimmt ausdrücklich, daß diese Frage weiterhin einem gründlichen Studium zu unterwerfen sei und daß der Parteivorstand die dafür nötigen Geldauswendungen zu machen hat. Weßhalb soll das geschehen? Etwa zum Zeitvertreib? Nein, zu dem Zweck, eine sichere Grundlage für eine befriedigendere Stellung zur Agrarfrage zu gewinnen, als sie auf dem Breslauer Parteitag zu schaffen war. Mit welchem Rechte beziehungsweise mit welcher Logik kann man aus der Annahme der Kautsky'schen Resolution folgern, daß nunmehr kein Parteigenosse befugt sei, seinen vordem zu gunsten der Bauern eingenommenen Standpunkt weiterhin zu vertreten? Daß jeder Befürworter des Agrar-Programms jetzt die Verpflichtung habe, zu schweigen? Ein gleich starke und rücksichtslose Verleumdung des demokratischen Prinzips, betreffend die Freiheit der Meinungsäußerung, ist uns kaum jemals vorgekommen.“

Wir können diesen Ausführungen unseres Hamburger Bruderorgans nur voll zustimmen und wollen daran die Erwartung knüpfen, daß man aufhören möge, dem Breslauer Beschluß eine Auslegung zu geben, die dem Wortlaut des Beschlusses selbst, wie den zu seiner Begründung abgegebenen Erklärungen, direkt widerspricht.

Man schreibt uns: Zu den heutigen 6 öffentlichen Parteiveranstaltungen werden die weiblichen Angehörigen der Sozialdemokratie hierdurch besonders dringend eingeladen. Wenn auch die Verhandlungen des Breslauer Parteitages, zu denen die Sozialdemokratie Berlin heute Abend Stellung nehmen wird, durch den „Vorwärts“ bereits zur allgemeinen Kenntnis gebracht sind, so ist es doch von großem Interesse, aus dem Munde der Delegierten selbst zu hören, wie man sich zu dieser oder jener Frage auf dem Parteitag verhält. Ferner ist es wichtig, daß auch die Frauen zu erkennen geben, ob sie mit den Breslauer Beschlüssen einverstanden sind oder nicht. In den heutigen Versammlungen, wo übrigens auch die für die Frauen sicherlich ebenfalls sehr wichtigen Stadtvorordneten-Wahlen gestreift werden dürften, ist unseren Anhängerinnen Gelegenheit geboten, ihre Meinung zur Geltung zu bringen. Möge sie dies nicht veräumen! Die Versammlungen werden abgehalten: für den 1. Kreis bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44; für den 2. Kreis in der Buchdruckerei Tempelhofer Berg; für den 3. Kreis bei Brodnow, Sebastianstr. 39; für den 4. Kreis bei Fiebig, Große Frankfurtstr. 28; für den 5. Kreis im Schützenhause, Vinsenstr. 5; für den 6. Kreis im Kölliner Hof, Köllinerstr. 8.

Von der Agitation. Durch die Verteilung eines Flugblattes, dem Anmeldebettel zur Aufnahme in die Partei beigelegt waren, haben die Wandarbeiter Parteigenossen den Mitgliederstand um ca. 200 Personen vergrößert. Auch eine Anzahl neuer Abonnenten auf das Presseorgan des Kreises wurden gewonnen.

Aus Danzig wird berichtet, daß Genosse Jochim sich bei dem Beschluß des Breslauer Parteitages nicht beruhigen will und eine Versammlung seiner Getreuen einberufen hat, in der beschloffen wurde, daß die Versammelten „Otto Jochim nach wie vor das vollste Vertrauen entgegen bringen und ihn deshalb auch für geeignet halten, Vertrauensstellungen in der Partei zu bekleiden. Dagegen erklären sie Lipinski und Berger für unwürdig, als Parteigenossen zu gelten und schließen sie aus der sozialdemokratischen Partei aus.“

Dieser Beschluß ist natürlich ohne jede Bedeutung. Er ändert an der Breslauer Entscheidung gar nichts. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen in Danzig, sich recht bald ein Versammlungslokal zu beschaffen, dann kann Jochim seine Querulieren bis zum St. Nimmerleinstag fortsetzen.

In eigener Sache. Die „Magdeburger Volksstimme“ schreibt:

„Die Prinzipienklärung der bayerischen Genossen im Landtage wurde am Donnerstag nach einer sachlichen aber scharfen Rede des Genossen Schmidt einstimmig verurteilt. Die Versammlung war mit dem Referenten der Meinung, daß die Erklärung unserer bayerischen Genossen in schreiendem Widerspruch zu den Beschlüssen des Parteitages steht. ... Uns ist es unverständlich, wie der „Vorwärts“, das leitende Organ der Partei, kritisch die Prinzipienklärung unserer bayerischen Genossen nachdrücken kann. Will der „Vorwärts“ Rücksicht nehmen auf die Genossen Vollmar oder Grillenberger? Oder aus welchem Grunde dieses überall Aufheben erregende Schweigen? Oder soll erst die Provinzpresse den „Vorwärts“ zu einer Erklärung zwingen — wir provozieren sie hiermit. ... Wir sind begierig, ob der Liebknecht'sche Satz: „Wer sich nicht fügt, fliegt“, nunmehr in Anwendung kommt, oder man hier mit allerlei Ausflüchten den bayerischen Genossen, die sich den Beschlüssen des Parteitages absolut nicht fügen wollen, zur Seite springt — das lieben Friedens willen. Ein fauler Friede, den wir nicht unterstützen, es koste, was es wolle.“

So daß Magdeburger Partei-Organ, dem wir zu bemerken haben, daß dieser Unteroffizierismus einem sozialdemokratischen Blatte sehr schlecht ansteht. Der „Vorwärts“ betrachtet die Genossen nicht als Rekruten, die man nach Befehlen anschaut und reißt! Einmal! Kommandiert. Und glaubt denn die „Magdeburger Volksstimme“, ein sozialdemokratischer Parteikongreß sei ein katholisches Konzil, dessen Beschlüsse bei Strafe der Exkommunikation nicht kritisiert werden dürfen?

Totenliste der Partei. In Hagnau hat eine treue Anhängerin der Partei, Frau Stolz, die Augen für immer geschlossen. Sie war seit mehreren Jahren Vorsitzende des dortigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Zahlreich gaben ihr die Arbeiter und Arbeiterinnen Hagnau's das letzte Geleit, und auch aus Bielefeld waren Leidtragende herübergekommen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Beleidigung der Vorgesetzten des preussischen Heeres wurde der Redakteur der „Elberfelder Freien Presse“, Genosse Gewehr, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Wegen Beleidigung des Güterbeförderers Wiesland in Mengen wurde der Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, H. Hildenbrand, vom Amtsgericht in Saulgau zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte die betreffende Notiz dem „Beobachter“ entnommen. Der Redakteur dieses Blattes muß 60 Mark Strafe zahlen.

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Für die Mäntelnäherinnen, Wägler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-, Blusen- und Trikottalben-Arbeiterinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Schneiderinnen aller Branchen finden in Berlin am Montag, den 28. Oktober vier große öffentliche Versammlungen statt, und zwar im Zentrum und der Friedrichstadt in der Berliner Bourse, Kommandantenstr. 57; im Osten in Kellers Festhall, großer Saal; im Norden im Berliner Prater, Kastanienallee 7; in Moabit-Wedding in Bernhard Raabe's Salon (früher Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.

In allen Versammlungen wird das Thema: „Schwachsinn, Hausindustrie und Arbeiterschutz“ behandelt. Referenten sind: Reichstags-Abgeordneter August Bebel, Frau Martha Mohrhard, J. Timm und Frau Emma Jhrer.

Kollegen, Kolleginnen! Die Geister sind aufgereizt! Überall herrscht ein reges Interesse für unsere Bewegung. Es gilt, die gesetzgebenden Körperschaften zu veranlassen, Schutzbestimmungen zu erlassen, die der zunehmenden Verelendung unserer Lage vorbeugen. Erscheint daher in den oben bekannt gegebenen Versammlungen, damit ein Druck ausgeübt wird für die Anbahnung besserer Zustände. Daß Euch nicht abhalten von Leuten, die da meinen, es nütze doch nichts; solche Menschen sagen das entweder aus Unkenntnis der Sachlage oder sie haben das Vertrauen zu sich selbst verloren. Arbeiter, Parteigenossen! Eure Frauen und Töchter sind gezwungen, unter erbärmlichen Verhältnissen in der Konfektion zu schaffen. Wir fordern Euch auf, mit ihnen in den Versammlungen zu erscheinen und mitzuwirken an der Erhaltung eurer Familie.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. A. J. Timm, Vertrauensmann.

Achtung, Metallarbeiter und Tischler! Der Streik der gesamten Arbeiter der Telefonfabrik von West, Engelher 1a, dauert unverändert fort. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Räther, N., Kollmerstr. 44.

Der Streik der Lohgerber, Lederzurichter und Hilfsarbeiter der Steinlein'schen Lederfabrik in Berlin (Anhalter Meile), der schon sechs Wochen währt, wird mit der größten Energie fortgesetzt. Von den daran beteiligten 102 Mann ist, obwohl der größte Teil davon Familienväter sind, die zusammen 180 Kinder zu ernähren haben, noch keiner wankend geworden. Herr Meinte giebt sich die größte Mühe, durch Insinuen und auf sonstige Weise Arbeitskräfte zu bekommen, was genügend das Gerücht widerlegt, er habe Leute genug zur Verfügung. Ebenso wenig wie dieses Gerücht entspricht die Mitteilung der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, Herr Meinte sei nach wie vor bereit, mit seinen Leuten direkt zu verhandeln, jedoch nicht mit der Kommission, in ihrem ersten Teile den Thatsachen, denn die Wahrheit der Ausständigen war und ist bereit, mit ihm in jeder Form zu unterhandeln. Die Sache liegt einfach so, daß Herr Meinte hofft, wenn die Unterhandlung zu fehlen begünne, würden die Leute schon zu Krenze kriechen, und dann könne er sich die Arbeiter anschauen. Herr Meinte kennt eben die Solidarität der Arbeiter nicht, sonst würde er diesen Standpunkt nicht einnehmen. Wir ersuchen nun die Gewerkschaften, die streikenden Lohgerber, Lederzurichter und Hilfsarbeiter der Steinlein'schen Lederfabrik kräftig zu unterstützen. Arbeitsgenossen, steht uns in diesem Kampfe mit allen verfügbaren Mitteln bei. Gelder sind abzuliefern an die Pohn-Kommission zu Händen des Kollegen Fritz Lerche, Elbingerstraße 9, im Restaurant Vogel, Gustav-Busse, Vertrauensmann.

Sammelliste Nr. 1831 für die Angehörigen der Essener Verurteilten in verloren gegangen und vom Finder abzugeben an M. Leichert, Berlin, Markstraße 31, II.

Warnung vor Jazug betreffend. In einer Mitglieder-Versammlung der Vereinigung der Sattler und Tapezierer Breslau's schilderte ein Arbeiter die Verhältnisse einer Militärreife-Fabrik und warnte zum Schluß die Kollegen, in dieser Fabrik in Arbeit zu treten. Wegen dieser Warnung vor Jazug hat ihm die Breslauer Polizeibehörde mitgeteilt, daß er „grobe Unfug“ begangen habe. Der Arbeiter hat demnach ein Strafmandat zu erwarten. Unser Breslauer Bruderorgan, die „Vollmacht“, bemerkt zu der Mitteilung: „Wir sind in der That schon herrlich weit gekommen! Jahre und Jahrzehnte hindurch ist es immer noch so schlaue Polizeibehörde und selbst dem findigsten Staatsanwalt nicht gelungen, in diesen Warnungen irgend etwas Sinnbares oder gar „grobe Unfug“ zu erblicken. Wie man sieht, haben sich die Zeiten sehr geändert. Das was früher nicht zum Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung gemacht wurde, wird jetzt als ein Vergehen erachtet, das unbedingt geahndet werden muß — von Rechts wegen.“ Die neue Praxis, die Warnung vor Jazug als groben Unfug unter Anklage zu stellen, scheint übrigens auf eine generelle Anordnung von oben zurück zu führen zu sein. Auch gegen unseren verantwortlichen Redakteur schreibt dieserhalb in zwei Fällen das Verfahren und außerdem ist ein solches gegen den Verantwortlichen des Inzeratenteils des „Vorwärts“, wie wir schon früher mitteilten, anhängig gemacht worden.

Der Redakteur der „Deutschen Wölkchen-Zeitung“ in Bremen, Hollmann, wurde vom dortigen Landgericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Kaiser Maurer in Ehrenfeld, der in einem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen einen Sozialdemokraten als Zeuge aufgetreten war, als Verunziant hingestellt hatte.

Das Schöffengericht in Hof hat den dortigen Vertrauensmann der auf der Grundlage der losen Zentralisation beruhenden Organisation der Steinarbeiter Deutschlands zu 8 W. Strafe verurteilt, weil diese Organisation ein Verein sei, der Vorsteher und Schatzungen habe und deshalb nach Art. 12 des bayerischen Vereinsgesetzes der Anmeldepflicht unterliege. Der Vertrauensmann wurde als Vorsteher für Hof betrachtet, und daß die Organisation Satzungen habe, folgerte das Gericht daraus, daß über die geleisteten freiwilligen Beiträge Quittungsbücher ausgegeben worden sind. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Die Müllergehilfen Oberbayerns haben sich in einer Petition an die Regierung dieses Kreises gewandt, worin sie ersuchen, die Behörden möchten veranlaßt werden, dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe auch in den Betrieben wohlhabender Mühlenbesitzer zur Durchführung gelangen. In den Gründen ist ausgeführt, daß das Gesetz, trotzdem es seit 7 Monaten Gültigkeit besitzt, bei einem großen Teile der oberbayerischen Mühlenbesitzer noch keine Beachtung gefunden hat, sondern daß diese nach wie vor ihre Gehilfen an Sonntagen zu einer 24 stündigen, ja nicht selten zu einer 36 stündigen ununterbrochenen Thätigkeit anhalten. In einigen Betrieben sei allerdings eine Aenderung eingetreten, was aber nur eine Verschiebung und keine Verfürgung der Arbeitszeit bedeute. Es wird ferner auf die gebräuchliche lange Arbeitszeit an Wochentagen und auf den frühen körperlichen Verfall der Müllergehilfen hingewiesen, die einer weit größeren Ausbeutung unterworfen seien als die für die Mühlenbesitzer schwerer zu beschaffenden Zugpferde. Dann verweist die Petition auf das Prinzip,

wonach alle Staatsbürger den gleichen Pflichten unterordnet sein sollten, und hebt hervor, daß viele Handwerksmeister dem Gesetze genüge leisten müssen, während es von den Großindustriellen umgangen werde. Auch sei es nötig, den Gemeindebehörden in dieser Hinsicht strenge Weisung zu erteilen, weil meist die reichen Mäler in den Kollegien vertreten seien. Weiter möge in Betracht gezogen werden, daß die oberbayerischen Mühlen keine unregelmäßige Wasserkraft im Sinne des § 35 der Ministerial-Entschließung vom 14. März 1895 haben.

In Würzburg ist mit ansehnlicher Mitgliederzahl eine Organisation aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Personen gegründet worden.

Die Hahnbinder in St. Vösten in Oesterreich stehen wegen Maßregelung organisierter Kameraden im Streik und erwarten von den Völkern Deutschlands praktische Betätigung der Solidarität.

Aus Amsterdam wird über den Diamantarbeiter Streik telegraphiert, daß die Ausständigen in einer Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen haben. Sie mußten auf ihre Forderung, nur Mitglieder der Arbeiterunion einzustellen, verzichten, schlen indessen unter anderem einen Maximal-Arbeitslag von 11 Stunden und die Ernennung einer ständigen Kommission durch, die zur Hälfte aus Unternehmern, zur Hälfte aus Arbeitern bestehen und die etwaigen künftigen Streikfälle schlichten soll. Die Arbeit wird wahrscheinlich heute Donnerstag wieder aufgenommen.

Versammlungen.

Die Väter Berlins hielten am Dienstag eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Antwort der Gewerbe-Deputation des Magistrats auf die Eingabe, betreffend Arbeitsvermittlung im Wägerei- und Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises, beschäftigte. Die beiden Obermeister der Wägerei- und Schaffungs-„Germania“ und „Konfordia“ waren brieflich eingeladen, aber nur der letztere hatte sich eingefunden, während von seinem Kollegen ein Brief eingelaufen war, worin dieser bedauert, der Versammlung nicht beiwohnen zu können, da ihm keine Garantie gegeben sei, daß er vor Insulten geschützt werde. Wie unbegründet diese Äußerung war, bewies das Verhalten der Versammlung, die auch die allernäherliegenden Redewendungen des Herrn Gemeinhardt mit mufthafter Ruhe anhörte.

Dem Vorsitzenden einer öffentlichen Versammlung, die vor mehreren Monaten die Ausrufung einer Petition an den Magistrat beschloß, dem Genossen Most, ist nachstehendes Schreiben zugegangen:

„Auf die von Ihnen und den Herren Datz und Höpner namens einer am 16. Juli er. stattgehabten Versammlung der Väter Berlins und Umgebung eingereichte Petition vom 8. August er. um Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Väter theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die Wägerei- und Schaffungs-„Germania“ zur Abstellung im Arbeitsvermittlungswesen im Wägerei- und Schaffungs-„Germania“ vom 1. Oktober er. an einen zweiten Sprechmeister anstellen will und eine wesentliche Aenderung der Sprechmeisterordnung plant. Die Junnung wird fortgesetzt um Abstellung der bestagten Mängel bemüht sein. Dem Gesuch um Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises sind wir nicht in der Lage, Folge zu geben.“

Gewerbe-Deputation des Magistrats.

Der Referent Genosse Scholz kritisierte den Entscheid des Magistrats. Er brachte u. a. das die „Abstellung der Mängel“ durch die Junnung „Germania“ bisher in keiner Weise befriedigt habe. Der neue Sprechmeister habe sein Bureau im „Christlichen Verein junger Männer“ in der Wilhelmstraße etabliert; den arbeitssuchenden Vätern werde dort in sehr drastischer Weise die Notwendigkeit eines Anschlusses an den genannten frommen Verein „nahe gelegt“. Der Obermeister Gemeinhardt, der im Laufe der Debatte wiederholt das Wort nahm, polemisierte zunächst gegen den „sozialistischen“ Charakter der Versammlung, den er darin ertrakte, daß vor der Erlebigung des vorliegenden Punktes ein Referat des Genossen Willard über das Thema: „Fortschritt und Armut“ mit Beifall angenommen worden war. Sehr enttäuscht war der freisinnige Herr Gemeinhardt darüber, daß die Wägerei-Arbeiter nicht mit „Stolz“ an die Zeit zurückdenken, wo sie als Wägereilehrer geschätzt haben, und daß sie sich jetzt mit jedem „gewöhnlichen“ Arbeiter auf eine Stufe stellen. „Ich bin sprachlos“, sagt der Herr Stadtd Gemeinhardt, „daß Sie eine Eingabe an den Magistrat gemacht haben; mir ist davon nicht das Geringste bekannt geworden. Ich bin sehr erkrankt, daß die Gewerbe-Deputation sich dieserhalb nur mit der Junnung „Germania“ in Verbindung gesetzt hat.“ Der Obermeister mußte selber zugeben, daß 37 private „Arbeitsvermittler“ neben den Arbeitsnachweisen der Junnung ihr Wesen treiben. Die Junnungen, geschand er ein, können das nicht beseitigen, er wünscht, daß die Väter mit den Meistern in dieser Frage „harmonisch“ zusammen arbeiten. Die folgenden Redner Klammed, Scholz, Milde, Sandvoss und der Vorsitzende Most rollten als Antwort auf die Auslassungen des Obermeisters das ganze Sündenregister der Junnungen auf und wiesen auf deren arbeiterfeindliche Haltung in Sachen der Arbeitsbücher, des Maximalarbeitslages etc. hin. Man entgegnete dem Herrn Obermeister, daß auf seine schönen Worte nicht viel zu geben sei, da er seinerzeit auch gegen die Arbeitsbücher gebürrert und diese später trotzdem auch in seiner Junnung befürwortet habe. Die Versammlung beschloß dann, sich mit dem Bescheid des Magistrats nicht zufrieden zu geben und die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit den Vertrauensleuten zu überlassen.

Scholz berichtet hierauf über die Erfahrungen, die man bei der Kontrolle der Wägereien in Beziehung auf die Junnhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Sonntagsruhe gemacht hat. Fast die Hälfte der Betriebe hat diese Bestimmungen nicht eingehalten, in einer Reihe von Fällen haben die Arbeiter lediglich selber schuld, wenn sie länger als das Gesetz gestattet, gearbeitet haben. Es wurde aufgefordert, alle Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen den beiden Vertrauensleuten: Scholz, Marienburgerstr. 32 und Höpner, Charlottenburg, Eulicherstr. 13, mitzutheilen, die in geeigneten Fällen bei der Behörde Anzeige zu machen haben. Die nächste Versammlung wird sich mit der Stellung zur Arbeitsvermittlung befassen. Im nächsten Monat soll die Agitation für den Maximalarbeitslag durch eine große allgemeine Versammlung eingeleitet werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 23. Oktober. (W. T. B.) S. M. S. „Württemberg“ ist heute Mittag losgekommen, ohne wesentlichen Schaden genommen zu haben.

Sonderburg, 23. Oktober. (W. T. B.) Der Schauspieler Max vom Dagmar-Theater in Kopenhagen, welcher sich auf einer Kunstreise seit einigen Tagen hier aufhielt, ist wegen Majestätsbeleidigung nach einem Verhör verhaftet worden.

Venedig, 23. Oktober. (W. T. B.) Drei Mann der Besatzung einer beim letzten Orkan gesunkenen österreichischen Bark, welche sich in einem ebenfalls schon dem Untergang nahen kleinen Boot befanden, wurden vom Segelschiff „Columbo“ gerettet.

Belgrad, 23. Oktober. (W. T. B.) Der König bestätigte das vom Kreisgericht in Jagodina gefällte Todesurtheil gegen die Bäuerin Stana Mitalevic, welche ihren 18-jährigen Sohn, während er schlief, erschlug. Im Königreich Serbien ist dies der erste Fall, daß eine Frau hingerichtet wird. Die Todesstrafe in Serbien wird durch Erschießen vollstreckt.

Konstantinopel, 23. Oktober. (W. T. B.) Hier wurde neuerdings wieder eine Palastverschwörung entlarvt. Infolge dessen erfolgten zahlreiche Verhaftungen. Die Ministerhotels wurden militärisch besetzt.

Lokales.

„Soziale Hilfsarbeit“ nennt man eine Art der Selbsttätigkeit „gemeinnützig-mobiltätiger“ Gefinnung, für die seit einiger Zeit in den Kreisen unserer Bourgeoisie stark agitiert wird, und von der man sich bedeutende Erfolge für die Beseitigung oder Linderung aller leiblichen und geistigen Noth des Proletariats verspricht. Bekanntlich besteht die Beseitigung der durch „Besitz und Bildung“ hervorgerufenen Gesellschaftsschicht an „wohlthätigen“ und „gemeinnütigen“ Bestrebungen meist darin, daß man sich bewegen läßt, Mitglied eines Vereins zu werden, seinen Beitrag zahlt, vielleicht auch in der Jahresversammlung, eventuell sogar auch in einer regelmäßigen Sitzung erscheint, im übrigen aber sich verflucht wenig um das „Werk hochherziger Nächstenliebe“ bekümmert. Im Gegensatz zu dieser bequemen, aber trotzdem Anspruch auf den Namen eines „Wohlthätigen“, „Vollstreckenden“ u. s. w. gewöhnlichen Beseitigung des „warmen Herzens“ besteht die „soziale Hilfsarbeit“ angeblich darin, daß man durch wirkliche Mitarbeit den Armen und Elenden zu helfen sucht, sich aus ihrer Noth zu erheben. Wir bitten, sich das nicht so vorzustellen, als ob z. B. vornehme Damen in die Dachstube armer Näherinnen hinaufsteigen, um an den Ballkleidern anderer vornehmer Damen sticheln zu helfen, damit die Arbeit schneller von statten geht und der Verdienst sich mehrt. So schlimm ist die Sache nicht. Man braucht nur bei Kranken und Nothleidenden Besuche zu machen, ihnen Rathschläge zu ertheilen, ärztlichen Beistand, Arznei und Stärkungsmittel zu verschaffen, in Kinderhorten, Erziehungsanstalten u. s. w. die Kinder zu beaufsichtigen, zu unterrichten, mit ihnen zu spielen, in den Volksschulen das Essen auszuheilen, in den Mägdeherbergen vorzulesen, zu unterhalten, zu misstrauen u. s. w. u. s. w. Diese Bestrebungen sind zwar erst durch die bekannte „Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit“ in Berlin populär und zur Modesache gemacht worden, aber sie sind keineswegs neu. Als Prinzip besteht die Sache schon lange bei verschiedenen nicht bloß jüngeren, sondern auch älteren Vereinen für Erziehung, Krankenpflege u. s. w., wenn es auch mit der Durchführung meist sehr gehapert hat. Neu ist vielleicht nur die stärkere Betonung der Nothwendigkeit, den „wirtschaftlichen und kulturellen Nothstand“ mit Rücksicht auf die zunehmende Verwitterung innerhalb weiter Kreise des Volkes (wie es in dem Aufsatz der „Mädchen- und Frauengruppe“ vom November 1893 hieß) zu lindern, das heißt: den Armen und Elenden so weit zu helfen, als es der besitzende Klasse nothwendig erscheint, damit der „soziale Frieden“ wieder hergestellt und der Sozialdemokratie, die gründlich helfen will, der Boden abgegraben werde. Diesen Humboldt mögen auch Leute mit, denen, bei aller und ihrem Klassenstandpunkt sich ergebenden Beschränktheit in wirtschaftlicher Hinsicht, doch ein ethisches Wollen nicht abzusprechen ist. Ueber den Erfolg dieser Aktion kann sich kaum jemand, der die besitzende Klasse kennt, einer Täuschung hingeben. Bei der „sozialen Hilfsarbeit“ ist noch mehr als bei der Unterstützung „wohlthätig-gemeinnütziger“ Bestrebungen durch bloße Geldbeiträge dafür gesorgt, daß die Bäume der Bourgeoisie nicht in den Himmel wachsen. Die „soziale Hilfsarbeit“ erfordert, wenn sie wirkliche Arbeit und nicht bloßes Spiel und Sport sein soll, eine thatfächliche ansperrungsfreudige Thätigkeit. Wer wollte aber eine solche von den Herren und Damen der Bourgeoisie erwarten? Man gebe in die Versammlungen ihrer Vereine und höre die immer wiederkehrenden und immer dringlicheren Klagen darüber, daß es an wirklich mitarbeitenden Mitgliedern fehlt. Auch in der letzten, die Winterfeste eröffnenden Versammlung der „Mädchen- und Frauengruppe“ wurde dringend nach Tamen verlangt, die zu „sozialer Hilfsarbeit“ bereit wären. Dieselbe Bitte wurde vom Frauenverein „Ottavia Hill“ ausgesprochen, und sie wird jetzt in der Presse wiederholt, weil es „stark an Arbeitskräften fehlt“. Auch Frau Morgenstern, der man fast in keiner Versammlung ihrer eigenen oder anderer Vereine begegnen kann, ohne daß sie um mitarbeitende Hilfe bittet, jammerte in der oben erwähnten Versammlung wieder, daß sie nicht genug Tamen für ihre Volksschulen finde. In den Jahresberichten des Volksschulvereins wird wiederholt hervorgehoben, daß es an solchen Tamen fehlt, besonders an Sonntagen und Winterabenden, daß die Tamen (auch die von der „Mädchen- und Frauengruppe“) der weiten Entfernung wegen selten nach dem Osten der Stadt wollen, daß manche sich Proben des Essens, das sie kostenlos sollen, in die Wohnung bringen lassen, daß die Sommermonate die Mädchen in den Reihen der Ehrenfrauen noch vergrößern und so weiter. Es ist durchaus begreiflich und vielleicht auch verzeihlich, daß die Damen der Bourgeoisie ihre Theater, Konzerte, Gesellschaftsabende, Bälle und Reisen dem Suppenausstellen in der Volksschule vorziehen; aber dann ist doch die ganze vielgerühmte Privatthätigkeit auf „wohlthätigen“ und „gemeinnütigen“ Gebieten von sehr zweifelhaftem Werthe. Aus diesem Grunde warnt auch z. B. Privatdozent Dr. H. Neumann (der übrigens den Aufsatz der „Mädchen- und Frauengruppe“ damals mitunterzeichnet hat) in seinem Aufsatz „Unselbständige Kinder in Berlin und ihr Schutz“ (Conrad's Jahrbücher, 1894, April), indem er sachgemäße Ueberwachung der „Holländer“ fordert, vor Tamen, die zur Uebernahme dieser Thätigkeit „Zeit haben“, aber gerade in den gefährlichen Sommermonaten — verreisen. In der Hauptfrage wird bei der gesammelten „sozialen Hilfsarbeit“ nach dem Prinzip verfahren werden, daß die Privatwohlthätigkeit — Maschinerie langsamer zu gehen, wenn nicht gänzlich stille zu stehen hat, sobald die „Wohlthätigen“ und „Wohlthätigerinnen“ sich an Winterabenden amüsieren und in den Sommermonaten sich vom Amüsement des Winters erholen wollen. Damit kann man aber weder das Loos der Armen nennenswerth lindern, noch den „sozialen Frieden“ herstellen.

Der Geschäftspatriotismus, der die Siege von 1870 der vaterlandlosen Noth zu Trost hat feiern helfen, offenbart sich recht deutlich in einer gedruckten Einladung zum Lotteriespiel, die von einem Herrn P. Schlachschütz, „Hauptkollektur der Großherzoglich-Mecklenburg. Landeslotterie“ den „hochverehrten Kampfgemeinschaften“ und „werthen Kameraden“ zugesandt wird. Auf der Vorderseite der Einladung hat sich der Herr Lotteriekollektor, selbstverständlich mit diversen Kriegsehrungen geschmückt, abkontrollieren lassen. Sodann beginnt er: „Schwer waren die Kämpfe um Men und Sedan, schwer ist der Kampf um's Dasein und wahrlich nicht leicht ist es bei den heutigen Verhältnissen aus eigener Kraft und Geschicklichkeit zu Wohlstand oder gar Reichthum zu gelangen. Da ist es wohl angebracht, auch mal die Hand zu bieten. Ausgehend von dem Grundsatz, daß das Glück einmal im Leben an Jedermann's Thür klopft, erlaube ich mir, werther Herr Kamerad, Sie auf die großen Vortheile und die gute Gewinnchance der 240. Mecklenburger Landeslotterie aufmerksam zu machen, an welcher sich ein jeder gemäß seinen Verhältnissen durch einen mehr oder weniger geringen Antheil betheiligen kann. Schon öfter hatte ich das Vergnügen, meinen geehrten Interessenten größere Erfolge durch die Guts Fortuna's auszahlen zu können und so erlaube ich mir, hochverehrter Herr Kamerad, Sie einzuladen,

mal bei mir einen Glucksversuch durch Betheiligung an der großen Mecklenburger Landeslotterie zu unternehmen. Und so wie wir das Glück hatten siegreich und unverfehrt aus den Gefahren des Krieges in die Heimath zurückzuführen, so hoffe ich, daß es mir vergönnt sein wird, meinen Kameraden auch durch Fortuna's Guts bald einen Hauptgewinn anzeigen zu können. Machen Sie daher, verehrter Herr Kamerad, von meiner Offerte Gebrauch und bieten Sie dem Glück die Hand.“

Kamerad Schlachschütz betreibt den Geschäftspatriotismus ein bißchen plump, indem er die Krieger zum Spiel in einer, in Preußen sogar verbotenen Lotterie einladet. Aber die Motive sind dieselben, die für eine Anzahl braver und staatsstreuer „Patrioten“ maßgebend waren, als sie am heiligen Sedan geschäftig mitthäten. Man muß Klame machen!

Was ein Stadtverordneter nach freimüthiger Anschauung vor allen Dingen braucht, das hat am Dienstag Abend Herr Langenbuecher in einer Versammlungspolemik mit unseren Genossen verstanden. Drei notwendige Dinge muß ein Stadtvater danach besitzen, nämlich Zeit, Sinn für das allgemeine Beste (der Hauswirthe!) und Courant. Man begreift, warum die freimüthigen Mannesleuten so lebhaft für die Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlrechts schwärmen.

Zum Streik der Glöckner an der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche wird uns mitgetheilt, daß an Stelle der Ausständigen am Montag vier Maurer und drei Zimmerer die Glöckner gezogen haben. Die braven Leute mußten an dem Tage auch sonstige Verrichtungen in der Kirche verrichten und haben hierfür den gewöhnlichen Tagelohn erhalten.

Gehäusfuch wurde am Mittwoch Morgen 9 Uhr bei dem Buchbinder Felix Weinberg, Chausseest. 89. Die Polizei, die vier Mann hoch erschienen war, konfiszierte einige Broschüren.

Ohne Sabbathschändungen ging es auch bei den Arbeiten für die Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche nicht ab. Die Altengemeinschaft in Firma H. Gladenbeck u. Sohn in Friedrichshagen hatte für dies allernueste Berliner „Gotteshaus“ einen in Kupfer getriebenen heiligen Michael fertiggestellt. Bei dieser Arbeit haben die Kupferschmiede verschiedentlich Sonntags arbeiten müssen, nachdem sie in der vorausgegangenen Woche zum Theil bis Abends spät und zum Theil sogar die Nacht hindurch geschuftet hatten. Einer der Arbeiter ist bei dieser maßlosen Ausnutzung seiner Kräfte glücklich auf 104 Arbeitsstunden in einer Woche gekommen. Es ist selbstverständlich, daß auch hier, nachdem das fromme Werk fertig war, verschiedene der derart angestrengten Arbeiter Feierabend bekamen. Wir wollen noch erwähnen, daß auch die Firma Gladenbeck zu denen gehört, die am Sabbatage in patriotischer Aufwallung ihre Arbeiter feiern lassen, ohne sie für die unfreiwillige Arbeitsruhe zu entschädigen.

Der neue Zirkus Busch am Bahnhof Börse wird heute Abend eröffnet werden. Man kann nicht sagen, daß das Institut in nächster Nähe der Nationalgalerie und der Museen sich besonders harmonisch an seine Nachbarschaft anschließt; indes läßt sich nicht leugnen, daß das Arrangement des Zirkus neben diesen beiden Gebäuden immerhin für unsere heutigen Kulturzustände bezeichnend ist. Was in dieser Beziehung zu sagen ist, trifft aber selbstverständlich nicht dem Bauherrn, der den neuesten Kunsttempel hat errichten lassen; Herrn Direktor Busch ist es wohllich nicht zu verargen, daß er zugreift, wenn ihm ein so günstiger Bauplatz geboten wird. Der Zirkus soll 5000 Personen fassen. Das Gebäude ist in einfacher, aber gewiß höchst solider Konstruktionsweise errichtet und weist einige Neuerungen auf, die dem Publikum zum Theil sehr zu gute kommen. So zeichnet sich die Manege dadurch aus, daß sie mit einer bisher nur in Paris gebräuchlichen Rotunde überdeckt ist, so daß der Zirkus stets standfrei bleibt und das Publikum in keiner Weise durch herumliegende Sand- und Steinschüsse belästigt werden kann. Für die Fester des 1. und 2. Platzes sind rechts und links große Wandelbalken geschaffen, in denen Puffets für Erfrischungen aufgestellt wurden, so daß auch den Besuchern der weniger theuren Plätze der Aufenthalt im Zirkus selbst während der Pausen einermachen angenehm gemacht ist. Die Zugänge zur Gallerie befinden sich rechts und links in besonders großen und bequem eingerichteten Treppenhäusern, welche Erweiterungen für Puffets erhalten. Die Steigungsverhältnisse der gesammelten Zuschauerplätze sind derart glücklich gelöst, daß selbst bei vollem Besetzung des Hauses von jedem einzelnen Platz aus sich eine volle Uebersicht der Manege bietet.

Somit kann der große Konkurrenzkampf zwischen Renz und Busch, der alle Berliner, die Pferdeverstand haben, lebhaft interessieren wird, beginnen. Der Kunstgeschmack eines großen Theils unserer Bevölkerung läßt die Prophezeiung zu, daß beide Zirkusbefitzer bei diesem Kampf auf ihre Kosten kommen werden.

Ueber die Schulzustände in Waidmannslust, dem Vorort an der Nordbahn, brachte die „Vossische Zeitung“ kürzlich eine Mittheilung, die auch wir abdruckten. Sechzehn Schüler mußten danach wegen mangelnder Sitzplätze wieder nach Hause geschickt werden. Mittlerweile hat, wie dem Blatte weiter geschrieben wird, der Lehrer, daß die vorgesetzte Schulbehörde keine Abhilfe getroffen hat, sich 16 Gartensitze geliehen, um die fehlenden Sitze zu beschaffen. Wenn die so untergebrachten 16 Schüler schreiben wollen, müssen sie freilich ihre Gartensitze mit den Plätzen anderer Kinder vertauschen, da Tische noch nicht vorhanden sind. Die zuständigen Gemeindevertreter des Dorfes Waidmannslust haben beschlossen: „Die Gemeindevertretung erkennt die unhaltbaren Schulverhältnisse in Waidmannslust an und beauftragt den Gemeindevorsteher, beim Herrn Kreis-Schulinspektor zu beantragen, daß eine Halbtagschule eingerichtet wird, bis die Uebelstände geboben sind.“ Die Eltern der Kinder sind über diesen Beschluß, durch dessen Ausführung die Schulverhältnisse des Ortes herabgemindert werden würden, nicht erobert und verlangen durchgreifende Abhilfe durch die Schulbehörde. Sehr zeitgemäße Zustände, bei denen einem modernen Dunkelmann das Herz im Leide lachen muß.

Besseres Essen soll es fortan in den beiden Krankenhäusern des städtischen Obdachs geben. Eine Subkommission des Obdachs hat ein neues Speiseregulativ festgesetzt.

Zum Vanschwinkel. In Schöneberg hat die schon oft gekennzeichnete Bauwuth 72 Haussubaktionen in einem Jahre herbeigeführt. Vom 1. Oktober 1894 bis 1. Oktober 1895 sind nach den Eintragungen des für Schöneberg bestellten gerichtlichen Verwalters 72 Wohnhäuser und zwar fast durchweg Neubauten zur Zwangsversteigerung gekommen, das sind, da bis Ende 1894 in jedem Jahre durchschnittlich 100 Neubauten entstanden sind, etwa 75 vom Hundert. Rechnet man hierzu noch alle Bauten, die zwar nicht zum gerichtlichen Zwangsverkauf gekommen, jedoch wegen Mangelhaftigkeit der Bauunternehmer „freiwillig“ verkauft, d. h. „verschoben“ worden sind, bis in die dritte und vierte, ja häufig fünfte und sechste Hand, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie viele von den 100 Bauten als mit hinreichenden Mitteln ausgeführt übrig bleiben. Die Gemeindeverwaltung will keine weiteren neuen Straßen mehr anschließen, infolge dessen sind im

Laufe dieses Jahres kaum für ein Duzend neuer Wohngebäude Konzeptionen nachgeschickt worden.

Die Große Berliner Pferdebahngesellschaft entwickelt bekanntlich ein merkwürdiges Geschick darin, die Bedürfnisse des Publikums möglichst unberücksichtigt zu lassen. Die vielfachen Neuerungen, welche seit etwa Jahresfrist in den Fahrgelegenheiten eingeführt worden sind, haben sich zum Theil als wesentliche Verschlechterungen dargestellt. Lebhaftest werden namentlich von dem Publikum erhoben, welches auf die Beförderung vom Zentrum nach der Tempelhofer Vorstadt angewiesen ist. Früher war ziemlich ausreichend für eine Verbindung nach dem Kreuzberg durch den Dreiminutenverkehr der Linie Gefundbrunnen-Kreuzberg, wie außerdem durch die Linie Dönhofsplatz-Tempelhof gefordert worden. Dann wurde die Station Dönhofsplatz nach der Behrenstraße verlegt und der Dreiminutenverkehr durch Abzweigung der neuen durch die Friedrichstraße nach dem Gefundbrunnen gehenden Linie auf einen sechsminutenverkehr beschränkt, für den durch die neue nach dem Marheinefeldplatz gehenden Linie nur ein höchst ungenügender Erlass geboten wurde. Wer jetzt etwa vom Spittelmarkt oder von der Jerusalem Kirche nach der Tempelhofer Vorstadt befördert werden will, kann mit Ausnahme der stilleren Tagesstunden ziemlich sicher darauf rechnen, daß ihm aus drei oder vier hintereinander folgenden Wagen das schneidige „Befehl“ entgegenkömmt. Dieser Uebelstand hat nunmehr über ein Jahr gedauert, ohne daß man von dem Willen der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft, eine Besserung herbeizuführen, etwas hört.

Herr Schweinhagen bekanntlich Angeklagter, der wegen Beleidigung des Finanzministers Miquel zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilt worden ist, soll einem hiesigen Blatte zufolge in Wien, wohin er geschickt sei, verhaftet worden sein. Seine Auslieferung nach Deutschland soll bevorstehen.

Gegen Reisende, welche sich in Nichtraucher-Koupees mit brennender Zigarre anhalten, soll fortan ganz besonders strenge eingeschritten werden. Die hiesige Eisenbahndirektion hat eine entsprechende Verfügung erlassen.

Nur eine einzige Fahrgelegenheit, so wird uns geschrieben, besteht auf der ganzen langen Strecke vom Oranienburger zum Prenzlauer Thor in Gestalt der Ringbahn, welche dem starken Verkehr bei weitem nicht genügt. Die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft hat im Laufe dieses Jahres den Betrieb auf einer größeren Anzahl neuer Linien eröffnet, die aber fast sämtlich den Süden mit dem Norden verbinden. Es liegt sehr in den Wünschen wie im Interesse des fahrenden Publikums, daß auch durch die Elsfasser und Lothringersstraße eine Omnibuslinie eingerichtet wird, die später durch die Hannoversche Straße über den Platz am Neuen Thor nach Moabit weitergeführt werden könnte.

Eine gefährdende Senkung des Bürgersteiges vor dem Hause Friedrichstraße 103 ist infolge der Bauarbeiten der Weinbrenner Brücke eingetreten. Die Reparatur-Arbeiten werden sofort in Angriff genommen werden.

Aus Schwerin hat sich am Montag Abend der Arbeiter Morgenroth in der Schweinmühlerstraße durch Erhängen getödtet.

Festgestellt ist die Persönlichkeit der Dame, deren Leiche am Montag Abend von zwei Arbeitern im Landwehrkanal gefunden und gelandet wurde. Es handelt sich um eine der beiden unglücklichen Schwestern Daberg, die in ihrer Wohnung in der Bellevuestraße 61 am Sonntag Morgen angeblich plötzlich vom Balkon aus geworfen worden, und zwar die 40 Jahre alte Hermine. Die beiden Damen waren wiederholt auf die Polizeiwache gebracht worden. Von hier fuhr man die 34-jährige Aurelia mit einer Drosche in die Charité über, wo sie auf der Delirantenstation untergebracht ist. Hermine muß folglich, nachdem sie die Polizeiwache verlassen hatte, ins Wasser gegangen sein. Die beiden Schwestern, die viel gereist sind, wollten sich in Berlin nur vorübergehend aufhalten und hatten daher die Möbel für ihre im 3. Stock des Seitengebäudes gelegene Wohnung nur gemietet. Sie stammen aus Brauns in Mähren und lebten von einer kleinen Rente aus einem Gute, das ihr Vater in Mähren besessen hat.

Ueberfahren wurde gestern Vormittag an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße ein Mann durch eine in scharfem Trab daherkommende Drosche erster Klasse. Das Gefährt riss den Bedauernswerthen zu Boden und fuhr über sein Rückgrat und seine Beine hinweg.

Diebstahl und Brandstiftung ist am vergangenen Montag bei dem Schlächtermeister Sonnenberger in der Memelerstr. 14 in Weissenhof wohnhaft verübt worden. S., der in der Zentral-Marktstraße einen Stand inne hat, verließ am genannten Tage seine Wohnung morgens um 5 Uhr und bereits drei Stunden später entstand in derselben ein Schadenfeuer, durch welches die Einrichtung zum großen Theil zerstört wurde. Wie die Orts-Feuerwehr sofort feststellte, lag Brandstiftung vor, die zur Verhinderung eines vorher begangenen Verbrechens dienen sollte. Es war nämlich ein Einbruch in der S.'schen Wohnung verübt worden, bei welchem dem oder den Dieben 1600 M. in Banknoten in die Hände fielen. Um den Anschein zu erwecken, daß das Geld verbrannt sei, haben die Diebe in dem betreffenden Raum Feuer angelegt. Der oder die Thäter sind noch nicht ermittelt.

Beim Läuten in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ist am Montag der Arbeiter Pende verunglückt. Er verlor sich auf noch nicht näher festgestellte Art das rechte Bein, das er mit schweren Quetschungen von seinem Posten heruntergetragen werden mußte. Im Kopp'schen Krankenwagen wurde er nach dem Elisabeth-Krankenhaus geführt. Es ist zweifelhaft, ob die Erhaltung des verletzten Gliedes möglich sein wird.

Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (7° C. = 49° F.)
Swinemünde	749	SEO	3	bedeckt	4
Hamburg	749	N	3	bedeckt	3
Berlin	748	EO	2	Regen	4
Niesbaden	749	Still	—	bedeckt	6
München	751	EO	3	halb bedeckt	3
Wien	752	Still	—	halb bedeckt	2
Pararanda	762	Still	—	wollig	—2
Petersburg	765	EO	2	bedeckt	—0
Cort	768	N	4	wollenlos	3
Aberdeen	756	NO	3	wollig	1
Paris	748	NO	0	bedeckt	6

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. Oktober 1895. Ein wenig wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit Regenfällen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 21. d. M. vormittags fiel auf einem Grundstück in der Landberger Allee ein Arbeiter vom Dach eines Schuppens herab und erlitt mehrfache, zum Teil erhebliche Verletzungen. — Abends wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Emsenmündstraße erhängt vorgefunden. — Am 22. d. M. nachmittags fiel in der Linienstraße ein Mann in Krämpfen hin und zog sich eine bedeutende Verletzung am Hinterkopfe zu. — In der Ecke Koch- und Friedrichstraße gerieth eine Frau unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt eine Quetschung beider Füße. — Gegen Abend wurde in der Oberwallstraße ein Arbeiter durch eine Kutsche überfahren und am Kopfe, sowie auch innerlich anscheinend schwer verletzt. — Am 22. d. M. morgens fand in der Postenstraße ein kleines Feuer statt.

Kunst und Wissenschaft.

Die **Premiere des Alexanderplatz-Theaters** hat um einen Tag, nämlich auf heute, Donnerstag, verschoben werden müssen.

Gerichts-Beitrag.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Rechtsanwalt Jonas von dem damaligen Vorsitzenden der 188. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Ungebühr in eine Geldstrafe von 50 M. genommen wurde, weil er nach Ansicht des Gerichtshofes allzu energisch auf einen von ihm gestellten Antrag bestanden hatte. Auf die vom Rechtsanwalt Jonas hiergegen erhobene Beschwerde hat das Kammergericht den Beschluß des Schöffengerichts wieder aufgehoben und die Strafe niedergeschlagen mit der Begründung, daß in dem Verhalten des Verteidigers eine Ungebühr nicht zu finden sei.

Ein moderner Staatsanwalt. Ein total verwahrloster 12-jähriges Mädchen, welches kaum über die Barriere der Anlagebank blicken konnte, hatte sich gestern wegen schwerer sowie mehrfacher einfacher Diebstähle vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Angeeschuldigte, Emma Platte, welche nach Aussage der Mutter weder in Liebe noch in Strenge zu erziehen ist, geht nicht allein hinter die Schule und lehrt mitunter Tage lang nicht zurück, sondern besitzt eine wahre Kleptomane. Als die Lehrerin Fräulein Meyer der Mutter bezüglich des unregelmäßigen Schulbesuches einen Besuch abstattete, nahm die Angeeschuldigte die Gelegenheit wahr, die verschlossene Ledertasche der Lehrerin an der Seite aufzuschnitten, um sich auf diese Weise das darin befindliche Portemonnaie anzueignen. Sie nahm ein 20 Markstück heraus, kassierte sich allerlei Nützereien und verschleuderte das übrige Geld an Straßenjungen, um der Mutter den Besitz des Geldes nicht merken zu lassen. Mehrere Diebstähle zeugten von einer ganz besonderen Raffiniertheit. Ende August d. J. trieb sich die Verwahrloste schon mehrere Tage im Tiergarten umher, bis es am 1. September einem Kriminalbeamten gelang, die Angeklagte auf frischer That bei einem Taschendiebstahl in der Leipzigerstraße zu fassen. Einen schweren und vier einfache Diebstähle, sowie den Betrugsfall gelangte die Angeeschuldigte ein. Da sie das zwölfte Lebensjahr vollendet hatte, beantragte der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe. Für die jugendlichen Verbrecher Berlins sei keine Besserungsanstalt am Platze, sondern eine möglichst lange Strafe sei noch das einzige Mittel, eine Besserung für verwahrloste Kinder zu erzielen. Aus diesem Grunde beantragte er eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof nahm aber verständigerweise an, daß die Angeeschuldigte bei der Begehung der Diebstähle die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht noch nicht besessen hätte, sprach sie von der Anklage frei und verurteilte, daß sie in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen sei.

Als ein Cyber der Polizei wegen Vergabe seines Lokals zu sozialdemokratischen Versammlungen wurde gestern vor dem Ober-Verwaltungsgericht der Schankwirth Stegemann aus Jechenid von seinem Vertreter, einem Jechenider Konzipienten, bezeichnet. Dem Schankwirth Stegemann ist auf Antrag der Polizeiverwaltung zu Jechenid durch den zuständigen Kreisaußschuß, sowie in zweiter Instanz durch den Bezirksaußschuß zu Potsdam die ihm im Januar 1894 erteilte Konzession zur Schank- und Gastwirthschaft für das Grundstück Perlmersstr. 19 zu Jechenid entzogen worden, weil er wegen Uebertretung der ihm erteilten Polizeistunde oft bestraft und nach den Aussagen der Polizeibeamten in seinem Lokale wiederholt betrunken angetroffen ist. Auch soll er der Völlerei dadurch Vorwand geleistet haben, daß er Betrunkene, ohne deren Bunk, mehr zu trinken, noch Getränke eingeschänkt habe.

Gegen die Entziehung des Bezirksaußschusses hat Stegemann Revision eingelegt; sein Vertreter behauptete, daß Beklagter nicht betrunken, sondern nur sehr aufgeregter gewesen sei, und zwar darüber, daß er von der Polizei förmlich verfolgt werde, seitdem bei ihm sozialdemokratische Versammlungen abgehalten wären; der Bürgermeister, als Polizeiverwalter, habe die Beamten zu seiner Verfolgung thatsächlich gedrängt. Ein Polizeidiener, namens Jander, sei nach eigener Angabe von Jechenid nur deshalb weggegangen, weil der Bürgermeister ihn gedrängt habe, Anzeigen gegen Stegemann vorzubringen.

Abgesehen von den Polizeistrafen wurde alles sonst gegen den Beklagten vorgebracht bestritten.

Der Bürgermeister von Jechenid, als Vertreter der klagenden Polizeiverwaltung, hält die Ausführungen des Beklagten in Bezug auf die sozialdemokratischen Versammlungen für unwerthlich, „denn es wäre einer Polizeiverwaltung nicht zuzumuthen, aus solchen Gründen Entziehung einer Schankkonzession zu beantragen.“ Die soeben dem Ober-Verwaltungsgericht vorgebrachten Beschuldigungen, daß Jander oder andere Polizeibeamte von ihm, dem Bürgermeister, zu Anzeigen gedrängt seien, müßten eigentlich verfolgt werden, aber er wolle annehmen, daß diese Anzeigen zur Wahrung berechtigter Interessen gemacht seien. Im übrigen seien die sozialdemokratischen Versammlungen erst 1893 gewesen, wogegen die Polizeistrafen bis in das Jahr 1890 zurückreichten.

Der Beklagte habe thatsächlich nie die Polizeistunde innegehalten; er habe sich selbst die Polizeistunde sehen wollen und die kontrollierenden Polizeibeamten zum Lokale herausgewiesen.

Der Völlerei sei seitens des Beklagten in einer Weise Vorwand geleistet worden, daß das Treiben in seinem Lokale nicht mehr menschlich zu nennen gewesen; die Gäste hätten oft betrunken unterm Tische gelegen.

Der Vertreter des Beklagten behauptete, nur ein Mal sei es vorgekommen, daß ein Gast unterm Tisch gelegen habe; dieser Gast habe aber an Krämpfen gelitten. Beklagter bittet, hierüber und über seine sonstigen Behauptungen Beweis zu erheben.

Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte auf Zurückweisung der Revision, weil dem Vorderrichter weder ein wesentlicher Verstoß gegen das Verfahren, noch eine unrichtige Anwendung von Gesetzesvorschriften vorzuwerfen sei; die vom Beklagten verlangte Beweiswürdigung sei dem Revisionsrichter versagt.

In Elberfeld wird gegenwärtig ein Spielerprozess Wiffing und Genossen verhandelt, dessen Zeugenvernehmung recht bemerkenswerthe Einzelheiten ans Tageslicht gebracht hat. Auf der Anklagebank sitzen nur drei Personen: Wiffing, David und Echterbach; Ludwig Salomon hat es vorgezogen, unter Zurücklassung der von ihm beim seinem Schwiegervater Effer gestellten Kaution in Höhe von 10.000 M. nach Amerika zu verschwinden. Der Verteidiger Wiffings ist Herr Justizrat Stapper von Düsseldorf, David hat sich zwei Verteidiger geleistet, die Herren Rechtsanwälte Friedel und Simon Meyer von Köln, Verteidiger des Echterbach ist Herr Rechtsanwalt Wallach II.

von Offen. Beim Eintritt in die Verhandlung beschloß das Gericht, zunächst die Anklage, soweit sie sich auf den verurteilten Salomon bezieht, auszuscheiden und gegen die anderen drei Angeklagten allein zu verhandeln. Die Anklage beschuldigt Wiffing und David des gewerbmäßigen Glücksspiels und Glücksspiels, Echterbach der Theilnahme am gewerbmäßigen Glücksspiel. Wiffing bestritt, was ihm die Anklage zur Last legt. Auf die Vorhaltung, daß man bei ihm mehrere Spiele gezeigter Karten gefunden habe, erwiderte Wiffing, diese müßten noch aus der Zeit seiner Wirthschaftsführung stammen und von Spielern, die bei ihm gespielt hätten, zurückgelassen worden sein. Eines der Spiele trägt jedoch auf einem Riffe seine eigenhändige Namensunterschrift. Die vier beschlagnahmten Spiele wurden vorgelegt und es wurde festgestellt, daß sie auf der Rückseite auf die verschiedenste Art gezeichnet sind. Theils finden sich Bleistiftspuren in wechselnder Anordnung, theils sind sie durch fählbare Einkerbungen oder durch Abkühlungen und Abkühlungen kenntlich gemacht. Eine unbeachtliche Beschädigung erscheint ausgeschlossen. Die Anklage legt Wiffing ferner zur Last, sich dadurch betrügerischer Handlungen schuldig gemacht zu haben, daß er andere Leute erjuchte, beim Spiel ihm die Karten seiner Gegner durch Handzeichen zu verrathen, was Wiffing aber ebenfalls leugnet. Ueberhaupt scheint er seine Aussagen nach mehreren Fassern einzurichten, die David ihm, während sie beide in Untersuchungshaft saßen, auf irgend eine Weise in die Hände gespielt hat, aus denen Bruchstücke eines Tages in seinem Nachteimer gefunden wurden. Diese Bruchstücke wurden sorgfältig zusammengeklebt und aufgestellt. Eines legt Wiffing nahe, bei seiner Vernehmung zu bestritten, daß er die vielen Wechsel zur Deckung der Spielschulden aufgestellt habe. Ein zweiter Kassier enthielt folgende bezeichnende Stelle: „Wenn Du nun wieder vernommen wirst, so theile es mir und Louis (Salomon) doch sofort mit, wir thun es auch, damit man doch weiß, was man zu sagen hat...“ Behalte nur die Aussage, welche ich Dir geschrieben habe...“ Laß Dich nur nicht hinreißen, daß Du sagst, wir haben immer zusammen gespielt; auf alles, was er auch fragt (der Untersuchungsrichter?), sagen wir frech Nein. Laß die Zeugen nachher sagen, was sie wollen. Nur Muth, Gott hilft! Ein sauberes Herr, der Herr Heine mann David! Bemerkenswerth waren die Aussagen des Kaufmanns Abraham Kagenstein. Er glaubt nicht, daß David mit falschen Karten gespielt habe, weil er damit bei den geriebenen Spielern, mit denen er doch meistens gespielt habe, nicht durchgekommen wäre. Er habe David, weil dieser ihm im Spiel große Summen abgenommen habe, beobachtet und gemerkt, daß er, David, eine tiefe Kenntniß des Spiels habe, vielleicht auch beim Geben und Mischen der Karten unerlaubte Handgriffe anwende. David habe einmal in einem Café bei frühlicher Laune anderen Gästen gezeigt, wie man beispielsweise die Bilder beim Zusammenrücken der Karten und Mischen unauffällig so legen könne, daß man das Spiel in der Hand habe. Anfanglich habe er alles für Scherz gehalten, nachdem er David aber näher kennen gelernt habe, sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß er seine Kunststücke auch praktisch verwende. Zeuge bekundet weiter, er habe eines Abends in einem Gasthose gehört, wie Salomon einem andern erzählte, David und andere Spieler hätten Wiffing an einem Spielabend 21.000 M. abgenommen und daß er sich darüber beklagte, daß David mit den andern gemeinsame Sache gemacht und den Gewinn getheilt habe, statt ihm etwas „zu verdienen“ zu geben. Er habe Wiffing darauf an andern Morgen zu sich bitten lassen und ihn vor den Zeugen gewarnt und gebeten, an sich und seine Kinder zu denken. Wiffing habe ihm aber erwidert: „Die sind mir alle nicht that (schlau) genug.“ Ein anderes Mal sei Wiffing verheißt in eine Wirthschaft gekommen, habe sich sofort an einen Tisch gesetzt und gerechnet. David's Aufforderung, mitzuspielen, habe Wiffing mit einem tiefen Stutzer abgelehnt, habe sich nachher aber doch überreden lassen. Am 2. Uhr nachts habe er ihn nach Hause begleitet und da habe ihm Wiffing erzählt, daß er in sechs Wochen 60.000 M. verspielt habe; eigentlich gehöre ihm eine Kugel. Schließlich kam es noch zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Zeugen und den Vertheidigern, weil diese ihre Schlüsse daraus zogen, daß er auf eine Frage nicht sofort eine schnelle Antwort gab. Der Vorsitzende entschied den Streit dadurch, daß er zu dem Zeugen sagte: „Sie haben ganz recht.“ Hiernach brachten die Vertheidiger unter Hinweis darauf, daß durch die Aussagen des Zeugen Kagenstein eine Reihe neuer Punkte beigebracht seien, die sich nicht hätten voraussetzen lassen und auf die sie nicht vorbereitet seien, sowie darauf, daß der Prozess in der Voruntersuchung nicht genügend vorbereitet sei, Vertagung der Sache auf einen späteren Zeitpunkt. Das Gericht lehnte den Vertagungsantrag aber ab mit dem Hinweis, daß zwar neue Gesichtspunkte hervorgerufen seien, was in jedem größeren Prozesse der Fall sei, daß diese aber in den Rahmen des Eröffnungsbeschlusses paßten. Wahrscheinlich wird das Urtheil nicht vor Mittwoch Abend gesprochen werden.

Verammlungen.

Die Zustände in der Anilinfabrik und was fordern die Arbeiterinnen und Arbeiter der Velvetfabrik? lautete der erste Punkt der Tagesordnung einer öffentlichen allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die am 20. d. M. im Lokale Königshaus tagte. Wegen Abgabe des vorgesehenen Referenten Stadts. Mehnert wurde dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt, die am 28. dieses Monats in demselben Lokale abgehalten werden soll. Die Versammlung nahm hierauf den Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission, Schumann, entgegen. In Beziehung auf die Regelung des Sammelwesens sprach sich dieser für eine prozentuale Abführung von Geldmitteln seitens der Gewerkschaften an die Gewerkschaftskommission aus. Tief beklagt wurde die Organisationslosigkeit der ungelerten Arbeiter. Von 82.000 Arbeitern und Arbeiterinnen seien kaum wenige hundert organisiert. Den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen wurde demzufolge der Beitritt zum Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein dringend nahe gelegt. Zur Beiprägung stand ferner die am 18. Oktober er. abgehaltene öffentliche Versammlung der allgemeinen Orts-Krankenkasse (früher: Meier'sche). Schüler tadelt den unparlamentarischen Verlauf der stattgehabten Verhandlungen und wünschte, daß dies in Zukunft anders werde. Zur Sprache kamen weiter verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Kantinenkasse der Velvetfabrik seitens eines Meisters. Eine Kommission ist mit der Verfolgung dieser Angelegenheit beauftragt. An die gesammten Hilfsarbeiter erging dann der Appell, am 8. November bei der Stadtverordneten-Wahl ihre Schuldigkeit zu thun. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, einen Aufruf an die Fabrik- und Handarbeiter zum Anschluß an die Organisation zu erlassen.

Die öffentliche Versammlung der Opfer, die vom Vertrauensmann der Opfer einberufen, am 21. Oktober bei Frau Brunnensstr. 184, tagte, war nur von etwa 60 Personen besucht. Gegenstand der Verhandlung war die Frage, inwiefern die Opfer Berlin dem betriebs der Henslerfrage gestifteten Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung nachgekommen sind. Die Antwort auf diese Frage lautete nichts weniger als ermutigend. Während die Zahl der Banten, wo Opfer arbeiten, etwa 100 beträgt, ist nur über neun Banten, wovon drei ganz, drei theilweise und drei gar nicht verpflegt waren, Mittheilung gemacht worden. Dieses negative Resultat wurde von seiten der auf dem Boden der freien Centralisation stehenden Opfer dem Zentralverband zur Last gelegt, was von dieser Seite scharf zurückgewiesen wurde. Zu einem Beschluß kam die Versammlung nicht.

Der Berliner Volkskammerpräsident Dr. Meier, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, 20-22, Vortrag des Herrn Meier über: „Einsicht in die Krankheiten vor ihrem Ausbruch durch Vorbeugungsmaßnahmen.“

Veran für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend. Generalversammlung am Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Rindfleischhof, Krausenstr. 48. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Jahresbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Vortrag des Herrn Dr. Juchacz: „Gesundheit der Jugend; alte und neue Fragen.“

Vermischtes.

Unsere „gebildete“ Jugend. Der vorige Reichskanzler Graf Caprivi hat einmal im Reichstag die Aeußerung gethan: „Es wächst uns eine zukunftslose Jugend heran.“ Wir wissen nicht, welcher Art Vorgänge er bei diesen Worten im Auge gehabt hat. Die Vermuthung liegt aber nahe, daß es ähnliche gewesen sind, wie wir einen dieser Tage im „Volksblatt für Hessen“ lasen. Es heißt da: „Eine derbe Züchtigung für sein unpaffendes Benehmen wurde dieser Tage einem Schüler des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Kassel zu theil. Derselbe belästigte in unziemlicher Weise die noch junge, aber schon recht entwickelte Tochter eines hiesigen Beamten, als diese die Königsstraße passirte. Die junge Dame verbat sich wiederholt und recht energisch diese Belästigung, hatte aber damit nur den Erfolg, daß der Patron sich noch unanständiger benahm. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als dem Aufdringlichen einen Stoß vor die Brust zu geben, der so mächtig ausfiel, daß der tapferer Held sich auf das Straßenpflaster setzte. Als er sich erhoben hatte, fand er es doch für rathsamer, nimmermehr sein Diebwerden aufzugeben und sich zu entfernen, nicht aber, ohne vorher dem jungen Mädchen ein tödtlich beleidigendes, gemeines Wort zuzurufen, daß wir hier nicht wieder geben können. Die Beleidigung war nicht gewillt, dies ruhig hinzunehmen. Sie begab sich am Donnerstag früh in das Gymnasium und bat darum, in das Klassenzimmer geführt zu werden, in dem — wie sie an der Mauer erkannte — der Bursche zu finden war. Es gelang ihr, unter den Schülern den Attentäter herauszufinden, der nach einigem Zögern die That eingestand. Derselbe — wie es heißt der Sohn eines Millionärs — mußte sofort die Schule verlassen. Die Affäre dürfte außer dem noch insofern ein Nachspiel haben, als der Vater des jungen Mädchens nicht gewillt ist, die gemeine Beleidigung, welche sich der geächtete Bursche erlaubte, auf seiner Tochter sitzen zu lassen.“

Ueber den Selbstmord des Feldmarschall-Lieutenants Duntz v. Adelsheim und seiner Gattin berichten die Wienerblätter: Am sogenannten Rußenschacher im Prater fielen Montag früh gegen halb 7 Uhr zwei Schüsse. Man eilte dahin und fand auf einer Bank eine elegant gekleidete Dame blutüberströmt liegen; auf dem Boden lag vor ihr in einer Blatlage ein großer Herr, der in der Rechten einen Revolver hielt. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, die beiden waren auf der Stelle todt geblieben. Es waren der 72-jährige pensionirte Feldmarschall-Lieutenant Gustav Duntz von Adelsheim und seine Gemahlin Anna, geborene Freiin Adele von Bilenberg, die im 60. Lebensjahre stand. Dies wurde durch Briefe festgestellt, die man bei den Todten fand. In diesen an Freunde gerichteten Schreiben bezeichnete Feldmarschall-Lieutenant Duntz von Adelsheim drückende Schulden als Motiv der That. Er wohnte seit 1878 in Wien. Sonntag Nachmittag unternahm das Ehepaar einen Spaziergang und kehrte um 1/8 Uhr in seine Wohnung zurück. Ohne die Oberleiter abzugeben, begaben sie sich in das Schlafzimmer. Feldmarschall-Lieutenant Duntz schrieb rasch einen Brief, band eine Anzahl Papiere zu einem Packet zusammen und übergab dasselbe dem Dienstmädchen mit dem Auftrage, Brief und Packet der auf demselben Gange wohnhaften Feldmarschall-Lieutenant Wittwe v. Riesenfeld zu übergeben. Außerdem sagten sie dem Dienstmädchen, daß sie außer Hause übernachten würden. Gegen 11 Uhr aber kehrte das Ehepaar wieder in die Wohnung zurück und J.M. Duntz nahm dem Dienstmädchen Brief und Packet, die dasselbe noch nicht übergeben hatte, wieder ab. Montag früh hängte J.M. Duntz die Gegenstände dem Dienstmädchen wieder ein und entfernte sich dann mit seiner Gattin. Eine Stunde später wurde das unglückliche Ehepaar im Prater erschossen aufgefunden. Im vergangenen Jahre wurde der Name des J.M. Duntz in der vielbesprochenen Affäre der Friedrichsdorfer Zueghatten-Aktien-Gesellschaft, deren Verwaltungsrath er war, genannt. Er hatte eine ausgezeichnete militärische Karriere hinter sich und wurde im Jahre 1879 bei seinem Scheiden aus dem aktiven Dienst ehrenhalber zum Feldmarschall-Lieutenant ernannt.

In der Angelegenheit wurden Dienstag zwei Agenten verhaftet und dem Landgerichte eingeliefert, welche einem Fleischhauer versprochen hatten, ihm die Kantine einer neuerbauten Kaserne durch Vermittlung eines hohen Militärs zu verschaffen, falls er diesem ein größeres Darlehen und ihnen selbst eine Vermittlungsgebühr in gleicher Höhe auszahlte.

In Hannover wurde am Mittwoch Vormittag auf belebter Straße gegen einen Geschäftsdieners der chemischen Fabrik König u. Hebel ein Ueberfall verübt. Der Diener wollte in das Reichsbank-Gebäude eintreten, als ein Fremder mit einer eisernen Stange einen Schlag gegen den Kopf des Dieners führte, ihn aber nicht schwer verletzte. Auf die Hilferufe des Angegriffenen wurde der Attentäter von Bauarbeitern festgenommen.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Jauerburg vom Mittwoch amtlich berichtet. Personenzug 132 von Jauerburg bis Allenstein mußte gestern Abend 9 1/2 Uhr nach erfolgter Abfahrt vom Bahnhof Jauerburg vor dem westlichen Ausfahrtsignal halten, weil Ausfahrt noch nicht frei gegeben war. Eine Reserve-Lokomotive, welche auf demselben Gleise dem Zuge gefolgt war, fuhr auf denselben und wurden 5 Reisende leicht verletzt. Aergstliche Hülfe war sogleich zur Stelle. Beschädigungen der Betriebsmittel sind unbedeutend.

Auf dem Bahnhof Mont-Parnasse bei Paris ereignete sich am Dienstag Nachmittag kurz nach 4 Uhr ein schwerer Unfall. Ein von Grouville kommender Zug fuhr in voller Schnelligkeit in den Bahnhof ein, da der Zugführer nicht mehr Herr über die Bremse war. Der Zug geriet in die Pfostenmauer des Bahnhofes, welche aus einer Höhe von etwa 10 Meter auf den Mont-Parnasse-Platz herunterfiel. Auch die Lokomotive und der Tender stürzten auf den Platz herab. Hierdurch wurde eine Zeitungsverkäuferin getödtet; das Zugpersonal und die Reisenden blieben unbeschädigt.

Aus Havana liegt folgendes Telegramm vor: Ein Wirbelsturm richtete am Dienstag in der Umgegend beträchtlichen Schaden an. Die Telegraphenleitungen sind gerührt und die Eisenbahn-Linien unterbrochen. Die Felder sind überschwemmt und die Ernte ist verloren.

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meinelprozess Verurtheilten gingen ferner ein:

J. R. 2.—. Vor Thorstraße 10.—. Reiß, Wette, Beuthstraße 3.—. Unbekannt 1.—. Aus einer Staspartie von 3 für Recht strebenden Nichtsozialdemokraten 4.50. Gesammelt im Stenographenverein „Eintracht“ 1.20. Markstraße auf dem Willard 1.—. Wäscheputzmeister von J. Jacoby 7.—. Weirag d. Arbeiter aus dem Gelsenberg 75.10. Beitrag des 2. Berliner Wahlkreises 477.75. Genshin, rothe Hochzeit 2.—. Ein Abendschiff Fr. Frankfurtstr. 126 2.40. Wunderliche Nothe 7.—. Eine Anzahl mitführender Arbeiter Kasstamen-Allee 79 10.—. Dr. May, Brunnensstraße 1.—. Geburtstagsfeier R. S. 1.40. Summa 606.85 M. Bereits quittirt 15 561.98 M., in Summa 16 168.28 M.

Zu Nr. 247 soll es hatt Schachkopfspieler Königsstr. — Königsbergerstr. 10 heißen.

G. M. Gehen Sie zu Frau Stolle, Alexandrinenstraße 57, oder zu Frau Gerlach, Mariannen-Ufer 5, Hof links part.

1. Kreis:
Restaurant Röllig, Neue Friedrichstraße 44.
2. Kreis:
Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
3. Kreis:
Brodnow's Festsäle, Sebastianstraße 39.
4. Kreis:
Etablissement Fiebig, Große Frankfurterstr. 28.
5. Kreis:
Schützenhaus, Linienstraße 5.
6. Kreis:
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.

Tagesordnung in allen Versammlungen :

1. Bericht und Abrechnung der Vertrauens-Personen.
2. Renwahl der Vertrauens-Personen, sowie der Presz-, Lokal- und Agitations-Kommissionsmitglieder.
3. Bericht der Delegirten vom Parteitag in Breslau.

Zußerdem in der Versammlung des 4. Wahlkreises :
Renwahl der Zeitungs-Kommission.

In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen
um pünktliches und zahlreiches Erscheinen

Die Vertrauens-Personen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Vertrauensmänner-Versammlung:
Norden (Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt)
am Freitag, 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Mörschel,
Schönhauser Allee 28.
Tagesordnung: 1. Besprechung über unsere jetzige Geschäftslage.
2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen von Eckert, Ruppinerstr. 9, Neumann, Schönhauser
Allee 122, Unrau, Schönhauser Allee 141, Riehle, Schwedterstr. 5,
Reinhardt, Schwedterstr. 36 und Rutschmar, Stralsunderstr. 7 werden
aufgefordert ihre Vertrauensmänner zu entsenden.
78/8. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Frankenkaſſe
der Maurer, Giſſer (Weiſſbinder) u. Studateure Deutſchlands
"Grundſtein zur Einigkeit".
Örtliche Verwaltungſtelle Berlin.
Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in Seydenſteder's Feſſälen, Sophienſtr. 14, Ecke Gr. Hamburgerſtraße:
Ördenliche Mitglieder-Verſammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kaſſiers vom 3. Quartal 1895 und Bericht der Reviſoren.
2. Innere Kaſſenangelegenheiten. 3. Etwaige Beſchwerden gegen die örtliche
Verwaltung. Mitgliederbuch legitimirt. 149/5
Die örtliche Verwaltung. J. M. W. Garbe.

Stralan-Rummelsburg.
Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 1 Uhr, bei Herrn Vowinkel,
Rummelsburg, Hauptstr. 88:
Generalversammlung des „Sozialdemokratischen Vereins“.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des
 Vorstandes. 3. Bericht des Bibliothekars. 4. Neuwahl des Gesamtvor-
 standes und des Bibliothekars. 5. Vereinsangelegenheiten. 8/5
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches und zahlreiches
 Erscheinen der Mitglieder.
 Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Der Vorstand.

Achtung! Schankwirth.
 Zu einer wichtigen Beirathung werden sämmtliche Gast- und Schank-
 wirth, welche **Bräuerei Pöhl** beziehen, zu Freitag, den 25. Oktober,
 ihr Bier von der **Bräuerei Pöhl** nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen
Henke, Naunynstr. 27, eingeladen. 8532L.
 Legitimation (Bierbuch) erforderlich.
H. Pöhl, Naunynstr. 63.



Berlin und Umgegend
am Sonnabend, den 28. Oktober 1895,
abends 9 Uhr,
im lokale des Herrn Feindt, Weinsir. 11.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Stand des Dispositionsfonds und Revisionsbericht.
2. Bericht der Generefschaftsdelegierten.
3. Endgiltige Beschlußfassung über unseren Vohutarif.
4. Verschiedenes.

910b

am Freitag, den 25. Oktober, abends
8½ Uhr, im Restaurant von Wisse,
Andreassstr. 26.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Thätigkeit der
Kommission. 2. Abschieden. 3. Ver-
schiedenes. — Zur Deckung der Un-
kosten Teller Sammlung. 9096
Der Vereinarbeitsmann.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer, Pensionäre etc. In meinem entschieden größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 59, I., sollen sofort circa 300 Wohnungseinrichtungen, verlebene gewesene und neue, nur gediegene Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verlebene gewesener Möbel, welche noch fast neu sind, und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu selbstst. billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungseinrichtungen für 99, 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500, 9000, 9500, 10000, 11000, 12000, 13000, 14000, 15000, 16000, 17000, 18000, 19000, 20000, 21000, 22000, 23000, 24000, 25000, 26000, 27000, 28000, 29000, 30000, 31000, 32000, 33000, 34000, 35000, 36000, 37000, 38000, 39000, 40000, 41000, 42000, 43000, 44000, 45000, 46000, 47000, 48000, 49000, 50000, 51000, 52000, 53000, 54000, 55000, 56000, 57000, 58000, 59000, 60000, 61000, 62000, 63000, 64000, 65000, 66000, 67000, 68000, 69000, 70000, 71000, 72000, 73000, 74000, 75000, 76000, 77000, 78000, 79000, 80000, 81000, 82000, 83000, 84000, 85000, 86000, 87000, 88000, 89000, 90000, 91000, 92000, 93000, 94000, 95000, 96000, 97000, 98000, 99000, 100000, 101000, 102000, 103000, 104000, 105000, 106000, 107000, 108000, 109000, 110000, 111000, 112000, 113000, 114000, 115000, 116000, 117000, 118000, 119000, 120000, 121000, 122000, 123000, 124000, 125000, 126000, 127000, 128000, 129000, 130000, 131000, 132000, 133000, 134000, 135000, 136000, 137000, 138000, 139000, 140000, 141000, 142000, 143000, 144000, 145000, 146000, 147000, 148000, 149000, 150000, 151000, 152000, 153000, 154000, 155000, 156000, 157000, 158000, 159000, 160000, 161000, 162000, 163000, 164000, 165000, 166000, 167000, 168000, 169000, 170000, 171000, 172000, 173000, 174000, 175000, 176000, 177000, 178000, 179000, 180000, 181000, 182000, 183000, 184000, 185000, 186000, 187000, 188000, 189000, 190000, 191000, 192000, 193000, 194000, 195000, 196000, 197000, 198000, 199000, 200000, 201000, 202000, 203000, 204000, 205000, 206000, 207000, 208000, 209000, 210000, 211000, 212000, 213000, 214000, 215000, 216000, 217000, 218000, 219000, 220000, 221000, 222000, 223000, 224000, 225000, 226000, 227000, 228000, 229000, 230000, 231000, 232000, 233000, 234000, 235000, 236000, 237000, 238000, 239000, 240000, 241000, 242000, 243000, 244000, 245000, 246000, 247000, 248000, 249000, 250000, 251000, 252000, 253000, 254000, 255000, 256000, 257000, 258000, 259000, 260000, 261000, 262000, 263000, 264000, 265000, 266000, 267000, 268000, 269000, 270000, 271000, 272000, 273000, 274000, 275000, 276000, 277000, 278000, 279000, 280000, 281000, 282000, 283000, 284000, 285000, 286000, 287000, 288000, 289000, 290000, 291000, 292000, 293000, 294000, 295000, 296000, 297000, 298000, 299000, 300000, 301000, 302000, 303000, 304000, 305000, 306000, 307000, 308000, 309000, 310000, 311000, 312000, 313000, 314000, 315000, 316000, 317000, 318000, 319000, 320000, 321000, 322000, 323000, 324000, 325000, 326000, 327000, 328000, 329000, 330000, 331000, 332000, 333000, 334000, 335000, 336000, 337000, 338000, 339000, 340000, 341000, 342000, 343000, 344000, 345000, 346000, 347000, 348000, 349000, 350000, 351000, 352000, 353000, 354000, 355000, 356000, 357000, 358000, 359000, 360000, 361000, 362000, 363000, 364000, 365000, 366000, 367000, 368000, 369000, 370000, 371000, 372000, 373000, 374000, 375000, 376000, 377000, 378000, 379000, 380000, 381000, 382000, 383000, 384000, 385000, 386000, 387000, 388000, 389000, 390000, 391000, 392000, 393000, 394000, 395000, 396000, 397000, 398000, 399000, 400000, 401000, 402000, 403000, 404000, 405000, 406000, 407000, 408000, 409000, 410000, 411000, 412000, 413000, 414000, 415000, 416000, 417000, 418000, 419000, 420000, 421000, 422000, 423000, 424000, 425000, 426000, 427000, 428000, 429000, 430000, 431000, 432000, 433000, 434000, 435000, 436000, 437000, 438000, 439000, 440000, 441000, 442000, 443000, 444000, 445000, 446000, 447000, 448000, 449000, 450000, 451000, 452000, 453000, 454000, 455000, 456000, 457000, 458000, 459000, 460000, 461000, 462000, 463000, 464000, 465000, 466000, 467000, 468000, 469000, 470000, 471000, 472000, 473000, 474000, 475000, 476000, 477000, 478000, 479000, 480000, 481000, 482000, 483000, 484000, 485000, 486000, 487000, 488000, 489000, 490000, 491000, 492000, 493000, 494000, 495000, 4

empfehle ich zu nie dagewesenen
Ausnahmepreisen
für Hauskleider
Cheviot-Lama, 5 Mtr. dopp. breit M. 1,50
Tuch-Cheviot, 5 Mtr. dopp. breit „ 2,30
Cheviot, gew., 5 Mtr. dopp. breit „ 2,90
Cheviot Noppé, 5 Mtr. dopp. breit „ 3,75
Tuch-Flanell, neuester Geschmack,
5 Meter „ 3,25
für Straßenkleider
Diagonal-Cheviot in 30 Farben, reine
Wolle, 6 Meter doppelt breit M. 4,20
Kumure, schweres Grängewebe, reine
Wolle, 6 Meter doppelt breit M. 5,70
Travers Rips, das elegant. u. beste, reine
Wolle, 6 Meter doppelt breit M. 3,70
Ein Posten Coupons
von 5, 6 u. 7 Mtr. in englischm. Geschmack,
die schwersten Qualitäten, der ganze
Coupon durchschnittlich 2,90 M.
W. Pestachowski,
86 Grosse Frankfurterstrasse 86
zwischen der Markus- und Maxiliansstr.

Achtung! **Achtung!**
Kunstl. Zähne v. 3 Mr. an, Theilz
wöchentl. 1 Mr., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Nervstöden ma-
sonst Gntel, Baugiger Platz 2. Wasser-
straße 12.

Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn-
differenzen die Arbeit niedergelegt.
Die Werkstatt-Kontrollkommission
d. Deutschen Holzarbeiter Verbänden.

Töpfer
 werden verlangt Bau Breitestraße 29.
 Tüchtige Plattenschneider verlangen
 Linschow u. Martert, Vor dem Stralauer
 Ebor 22. 873b
 Tüchtige Arbeiter auf Bodenjoppen
 verlangen bei hohem Lohn 911b
 Gebr. Rintels, Kaiser Wilhelmstraße 17.
 Ein tüchtiger Rahmenmacher wird
 verlangt in der Goldleisten- u. Rahmen-
 fabrik Dresdenerstr. 38. 914b*

Preis 15 Pf. **pro 1896.** Preis 15 Pf.
 Inhalt: Umsonst geschenkt. Von Robert Schweißel (mit 6 Original-
 Zeichnungen von Arthur Krüger). Sozialismus und Sklaverei. Aus dem
 Englischen von Natalie Liebknecht. 2c. 909b
Th. Mayhofer Nachf.
 Berlin N. Weinbergsweg 15b.

Für die „Brauerei des Verbandes der Gast- und Schankwirthes für Berlin und Umgegend“
(Bürgerliche Brauerei)

worden Bestellungen entgegen genommen auf dem Comptoir der Brauerei
Am Tempelhofer Berg 6, sowie bei den Herren Robert Brunzlow,
 Sandberger Allee 28; Otto Denake, Müllerstraße 182; Carl Ebel, Schönhauser
 Allee 79; Albert Henke, Alexanderplatz 4; Carl Klugmann, Neue Friedrichs-
 straße 20 a; Carl Lange in Friedrichsberg, Kronprinzenstraße 16; A. Löbel,
 Behrstraße 48; H. Nümann, Eldenaerstraße 7; Wilh. Schmidt, Schönhauser
 Allee 103; Otto Schulze, Colbergerstraße 17; Otto Wegener in Weidensee
 Eothrauerstr. 39; A. Zöls, Köpferstr. 62. [3441.]

Tappete mit kleinen Flecken
fehlern in Velour, Stück v. 6,50 M. an
Tournay, Smyrna
Gardinen, prachtvollster
Dessin, Fenster v. 2,50 M. an
Portièren, „ Fenster v. 1,50 M. an
Sophastoffreste 180 cm breit, zu Bezügen
passend, in den feinsten,
glatten u. gemusterten Stoffen, der komplette Sopha-
bezug von 3.— M. an.
Sophagestelle von Polstermaterialien:
Rohrhaare, Faser, Werg, Seegras, Sprungfedern,
Matrazendrell, Gurte etc. 82448*
auch im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Wilh. Bursch, Alte Jakobstr. 93 (nahe der
Sendelstr.).

C. D. Schweizer, Brunnenstr. 43, 1 Trogg.
Kein Laden.
Eigene Anfertigung. — Billigste, feste Preise. 3512L*

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner

Teppiche!!	- 1893 -	Portiären!!
Gardinen!!		Steppdecken!!
Feinenwaaren!!		Fertigen Wäsche!!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum		

Ausverkauf.

Am Stadt-
bahnhof. **J. Brünn,** Hackescher Markt 4. Ecke Neue
Börse. Promenade.

anerkannt gut. Litera. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger
Glühwein-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M. SIOIL*
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
Cognac fine Champagne * à Fl. 3,50, ** à Fl. 4,50, *** à Fl. 5,50 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
8 Granienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.
Künstl. Zähne 2 M. Vollkommen schmerzlos Zahn- u. Nervtöden 1 M.,
Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahl. Zahnarzt Wolf, Leinigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr

Empfehle allen Genossen, Freunden
und Bekannten mein
Reiz- u. Vairisch-Bier-Lothal
August Heyher,
Ballfadenstr. 62.
29768*

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Gairisch Bier**

Halt!
Wo gehen wir denn heute hin? Zu
Gustav Schulz nach der Wasserthor-
strasse 55, da ist wieder grosses Rie-
sen-Gänse - Ausspielen auf dem Pilsener

Boltz Festsale,
S., Alte Jakobs-Strasse 75.

Freitag u. Donnerstag: Spezialitäten.
Vorstellung. Empfehle meine Säle
an Geschäftsleuten und Versammlungen.
Telephon Amt I, 1062. 32948

Restaurant H. Pasch
(Ausschank von Wein & Co.)

Wagnerstr. Nr. 8, nahe Oberbaum, sind von sofort und 1. Jan. billige Wohnungen von ein und

Restauration zwei Stuben, Küche und Zubehör
zu vermietben 34948*
Der Vermieter.

Zum knallrothen Süddeutschen
Prinzenstr. 99. 3548L*
 Vereinszimmer zu vergeben in Mono.

Möbl. Schlafstelle, 6 M., zu verm.
 b. Meyer, Reichenbergerstr. 115. 9186

Bugowski, Bollinerstr. 46. 684b Für die hiesigen Leser liegt
Empfehle mein vorzügliches Weiß. der heutigen Nummer unseres

und Bairisch-Bier 880b | flattes die gehörige Gewinnliste
Zimrech, Restaurat., Inselstr. 1. | der preuss. Lotterie bei.